

(K)Eine Chance für redistributive Politik?

Wahlverhalten und Cross-Pressures zwischen ökonomischer und kultureller Konfliktlinie

Ursula Dallinger - Universität Trier – Oktober 2025

1 Einleitung

Wachsende Diskrepanzen in der Einkommens- und Vermögensverteilung allein fördern noch nicht die Unterstützung der BürgerInnen für eine umverteilende Politik oder machen entsprechende Steuer- und Sozialpolitikprogramme mehrheitsfähig. So stellt man einen geringeren Umfang an redistributiver Politik fest, als es die tatsächliche Ungleichheit erwarten lässt (Lierse 2019). Vielfältige sozialwissenschaftliche Erklärungen zielen auf diese Diskrepanz: Eine verzerrte *Perzeption* der Einkommens- und Vermögensabstände (Schneider 2022), fehlende *Responsivität* der Politik (Elsässer/Schäfer 2016; Horn u.a. 2024), geringe politische *Mobilisierung* der unteren Einkommensgruppe (Mahler/Jesuit 2006, Pontusson/Rueda 2010), eine *Mittelschicht*, die Koalitionen mit der Unterschicht vermeidet (Lierse et al. 2021), *meritokratische* Werte (Sauer u.a. 2016, Adriaans/Liebig 2018) oder *Medien* und *politische Eliten*, die Frames zur Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplätzen aktivieren und die öffentliche Meinung beeinflussen (Dallinger 2021; Hilmar/Sachweh 2022).

Einschlägige Surveys stellen durchaus breite Unterstützung in der Bevölkerung für weniger Einkommensabstände fest. In Relation zur zögerlichen redistributiven Politik mag dies als Puzzle erscheinen. Allerdings kann ein Blick auf das Wahlverhalten weiterhelfen. Jene etwa zwei Drittel der BürgerInnen, die staatlichen Maßnahmen für geringere Abstände zwischen hohen und niedrigen Einkommen zustimmen, wählen offenbar nicht unbedingt Parteien der traditionellen oder neuen post-materialistischen Linken, die für umverteilende Programme stehen. Die Forschung zu den Prozessen zwischen ökonomischer Ungleichheit und schließlich etablierter Politik endet zu früh, weil kaum analysiert wird, ob und wie sich die generelle Sympathie für Egalität in Parteienwahl übersetzt (Bradley et al. 2003; Kenworthy/McCall 2008; Finseraas 2010; Dallinger 2010; Brady et al. 2013; Breznau et al. 2025). Erst die Wahlentscheidung klärt aber, wie BürgerInnen ihre Ungerechtigkeits-Kritik in Relation zu *anderen salienten Themen* gewichten. Die Politikwissenschaften betonen seit langem, dass verschiedene politische Issues bzw. *multiple Konfliktlinien die Parteienwahl* beeinflussen (Stokes 1963; Kriesi 1998).

Das vorliegende Paper erweitert die *political economy of redistribution* um Ansätze zum Spannungsverhältnis zwischen ökonomischer und kultureller Konfliktdimension und dessen Folgen für das Wahlverhalten. Die politische Ökonomie ist konzentriert auf die Konfliktdimension um staatliches Eingreifen in die Wirtschaft und deren (Verteilungs-)Resultate. Jedoch sind weitere politische Konflikte für WählerInnen wichtig. Wenn die Präferenzen zu verschiedenen Issues für verschiedene Parteien sprechen, ergeben sich *cross pressures*. Und da Verteilungsfragen „*not the only game in town*“ sind, mag die Parteienwahl durch andere Issues beeinflusst sein. Das Konzept multipler politischer Konfliktdimensionen leistet einen Beitrag zur Klärung des Puzzles zwischen umfassender Zustimmung zu Egalität einerseits und verteilungspolitischen „Outcomes“ andererseits.

Zu analysieren ist, wie kulturelle Issues (Migration, Klimawandel) mit dem sozio-ökonomischen Issue interagieren und das politische Verhalten beeinflussen (Häusermann/Kriesi 2015). Gefragt wird, ob kulturelle stärker als sozio-ökonomische Issues mit für die Links-Rechts-Ideologie zentralen Verteilungsthemen die Parteienwahl bestimmen. Machen Positionen zum Thema Migration oder Ökologie die Wahl von Parteien mit redistributiver Steuer- und Sozialpolitik unwahrscheinlicher? Die Analyse multipler, das Wahlverhalten bestimmender Issues klärt, warum sich die Sensitivität der Bürger gegenüber „großen“ Einkommensabständen wenig in politischer Nachfrage nach „linken“, redistributiven Parteien niederschlägt.

Zudem trägt das Paper zur Methodenreflektion bei. Das in der Forschung zur Unterstützung für redistributive Politik gängige Item „Die Regierung soll die Abstände zwischen hohen und niedrigen Einkommen verringern“ ergibt eine linksschiefe Antwortverteilung mit (je nach Survey) zwischen 66% und 75% der Befragten, die staatliches Eingreifen zugunsten geringerer Einkommensabstände stützen. Nun wählt diese Gruppe keineswegs in Gänze „sozialausgabenfreundliche“ Parteien. Das generische Item erfasst eher die Wertschätzung von Egalität in modernen Gesellschaften (Marshall 1952) oder den Effekt einer Semantik, die im politischen Wettbewerb als Valenzissue verwendet wird (Stokes 1963). Die breite Zustimmung zu weniger Ungleichheit bedeuten nur partiell auch Unterstützung für redistributive Parteien. Das im vorliegenden Paper verwendete Item für die sozio-ökonomische Dimension aus der German Longitudinal Election Study (GLES) vermeidet einen „taste for equality“, da es auch sozialausgabenbedingte Belastungen der Wirtschaft und Erwerbstätigen formuliert, die politische Debatten und öffentliche Meinung ebenfalls prägen.

Zunächst diskutiere ich die Forschung zu politischen Konfliktlinien und *cross-pressures* in post-modernen Gesellschaften. Dann stelle ich die verwendeten GLES Daten, die Indikatoren und Auswertungsmethoden dar. Im Abschnitt zu Resultaten wird zunächst beschrieben, wie sich die Positionen bei zentralen Konfliktthemen zwischen 2009 und 2023 verschieben: Die Positionen in der ökonomischen Dimension werden mehrheitlich weniger sozialausgabenfreundlich, beim Thema Migration baut sich die kritische Haltung und die Unterstützung für begrenzte Zuwanderung immer weiter aus und beim Konflikt um Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum erodieren die zunächst für Klimaschutz vorhandenen Sympathien der Mehrheit und ab 2015 wachsen Präferenzen für Wirtschaftswachstum. Das Thema Migration ist stark polarisiert, während Befragte bei der ökonomischen Konfliktlinie eine mittlere Position einnehmen und sowohl den Sozialstaat als auch Wirtschaftswachstum kombinieren wollen.

Multinominale logistische Regressionen prüfen, wie die Parteienwahl durch Positionen zu sozio-ökonomischen und kulturellen Issues beeinflusst wird. Welchen Effekt Cross-pressures auf die elektoralen Chancen von Parteien haben, wird dann mit Interaktionen zwischen Issues und logistischer Regression ermittelt. Schließlich wird die Rolle von Issue-Positionen und langfristigen Determinanten des Wahlverhaltens analysiert. Insbesondere wird geprüft, inwieweit der Effekt der Issues bei der Parteienwahl über die politische Ideologie vermittelt ist. Das Fazit reflektiert, wie die auf die sozio-ökonomische Dimension konzentrierte Forschung zu *politics of redistribution* von der Erweiterung um weitere Konfliktdimensionen profitieren kann.

2 Dimensionen politischer Einstellungen und cross pressures

Wie die komparative politische Ökonomie betont, wird wachsende Einkommensungleichheit erst vermittelt über politische und soziale Prozesse zu redistributiver Politik (Campbell et al. 1960; Schmidt-Catran 2016). Zu diesen zählen einerseits *subjektive Perzeptionen* der BürgerInnen (Engelhardt/Wagener 2018; Giger/Lascombes 2019). Andererseits *spielen* Eigenschaften des *politischen Systems* eine Rolle wie etwa der Einfluss politischer Parteien und der Regierung, die Stärke von Gewerkschaften (Korpi/Palme 1999; Manow 2009), die Wahlbeteiligung unterer Schichten (Mahler/Jesuit 2006) oder das Parteiensystem und die Mehrheitsregeln (Iversen/Soskice 2006). Wenig berücksichtigte man bisher, dass politische Konflikte sich nicht nur um das Verhältnis zwischen Staat und Markt drehen, sondern der politische Raum zweidimensional ist (Hellwig 2014: 597). Lediglich Finseraas (2010) thematisierte, wie die Präsenz konkurrierender nicht-ökonomischer Themen den Umfang der in einzelnen Ländern realisierten Umverteilung¹ ändert. Ob Ungleichheit die politische Nachfrage nach Redistribution induziert, hängt von der Salienz moralischer Issues (Abtreibung, Homosexualität) ab. Wenn Parteienkonkurrenz diese Themen polarisiert, stellen WählerInnen ökonomische Interessen zurück. Die *elektoralen Folgen* konkurrierender Themen untersucht Finseraas nicht.

Darauf zielt aber das vorliegende Paper und stützt sich dazu auf den *Cleavage*-Ansatz und die aktuelle Debatte um *cross-pressure*s zwischen politischen Konfliktlinien. Demnach verändert die „zweite kulturelle Dimension“ des politischen Konflikts die Parteienwahl und mindert den elektoralen Erfolg linker Parteien, die Issues der ökonomischen Dimension vertreten. Wenn Themen der kulturellen Dimension zunehmend das Wahlverhalten bestimmen, dann hat das Folgen für die Realisierbarkeit redistributiver Politik. Denn kulturelle Issues verdrängen Konflikte um das Verhältnis zwischen Markt und Staat. Verteilungsfragen würden im dominierenden *kosmopolitischen* Diskurs „vergessen“ (Merkel 2016; Lux/Mau/Mewes 2024: 53).

Die Wahlforschung geht angelehnt an die *Cleavage-Theorie* von Konfliktdimensionen und deren langfristigem Wandel im Zuge der Transformation sozialer Strukturen aus. Die jeweils dominierenden gesellschaftlichen Großgruppen stehen für spezifische Interessen und Ideologien. Diese werden durch Interessenorganisationen (v.a. Parteien) institutionalisiert, die soziale Gruppen verkörpern und Konfliktlinien etablieren. Demokratische Länder der Nachkriegszeit waren geprägt durch den *ökonomischen Konflikt* um Löhne, soziale Sicherheit, Einkommensverteilung oder die Regulierung des Arbeitsmarktes. Institutionen, die sozio-ökonomische Konflikte darum, „how much government intervention in the economy should there be?“ (Downs 1957:116) regeln, entstanden: Industrielle Beziehungen und Sozialstaat.

Mit der Transformation zur post-industriellen Gesellschaft wächst die Bedeutung einer zweiten Konfliktdimension der Politik. Im Zuge von Globalisierung, Bildungsexpansion, ein höheres Wohlstandsniveau, die Tertiarisierung der Beschäftigung und Migration rücken Themen der *kulturellen* Dimension in den Vordergrund. Migration, Nationalität, kulturelle Offenheit oder Schließung, Ökologie, private Lebensstile und sexuelle Orientierungen werden in politischen Debatten salient. Das die ökonomische Dimension spiegelnde tradierte Parteiensystem differenziert sich aus, da Parteien zu primär kulturellen Themen entstehen. Die Folge ist ein

¹ Umverteilung wird üblicherweise als Differenz zwischen der Verteilung der Einkommen vor und nach staatlichen Steuern und Sozialabgaben bzw. Sozialleistungen verstanden.

fragmentiertes Parteiensystem und kleinere Wählerschaften für die vorigen Volksparteien (Ford/Jennings 2020). Neben der tradierten Linken entsteht eine postmaterialistisch-grüne Linke, die ökologische Konflikte wie auch Verteilungsfragen aufgreift. Im konservativen Lager differenzieren sich rechtspopulistische Parteien aus, die Migration und nationale Identität politisieren. Die *Rekonfiguration* der Konfliktlinien und der Cleavages im Übergang zu postmodernen, globalisierten Gesellschaften hat Folgen für das Parteiensystem und das politische Verhalten (Lipset/Rokkan 1967; Inglehart 1977; Kriesi 1998; Bornschieur 2010; Inglehart/Norris 2016; Merkel 2021).

Das transformierte Parteiensystem stellt neue Anforderungen an die Wählerschaft. Nach dem spatialen Modell (Downs 1957) wird die Partei gewählt, deren ideologische Position am besten mit der des Wählers übereinstimmt. Wenn sowohl links-rechts wie auch kulturelle Themen die politische Landschaft strukturieren, wird die Orientierung komplexer. Wähler müssen nun nicht nur die zu ihren ökonomischen Präferenzen wie auch die zu ihren kulturellen Präferenzen passende Partei suchen. Es kommt zu *cross-pressures*, wenn dies jeweils verschiedene Parteien sind. "Cross-pressures result from policy preferences across the two dimensions that push voters in the direction of different parties." (Hillen/Steiner 2020: 336). Auch weil sich Parteien wenig in Programmen zum Staat-Markt Konflikt unterscheiden, können aktuell konfliktthafte Themen der kulturellen Dimension dominieren (Häusermann/Kriesi 2015). Das schließt nicht aus, dass in Krisen die ökonomische Konfliktdimension mit Themen wie Inflation, Energiepreise, Wirtschaftswachstum oder Mindestlöhne in den Vordergrund rückt (Stövsand et al. 2022).

Mit der Parteienwahl gewichten WählerInnen, welchem Issue sie Vorrang geben. Da Ungleichheit „*not the only game in town*“ ist, sondern weitere Konfliktlinien WählerInnen beeinflussen, interessiert im Rahmen dieses Papers, ob kulturelle Issues die Wahlentscheidung stärker bestimmen als ökonomische (Verteilungs-)Issues. Das Gewicht einzelner Themen ergibt sich aus deren empirischer Determinationskraft bei der Vorhersage der Wahl bestimmter Parteien. (Weitere Bestimmungsgrößen der Parteienwahl siehe unten). Die *erste Hypothese* lautet daher: Wegen der Rekonfiguration der Konfliktlinien wird die Parteienwahl eher von kulturellen als von ökonomischen Issues bestimmt. Diese Vermutung soll mit Hilfe des Vergleichs der Erklärungskraft kultureller und ökonomischer Issues geklärt werden.

Eine Rekonfiguration politischer Konfliktlinien mag weniger die Issuepositionen selbst, sondern die *Salienz* bzw. die subjektive Wichtigkeit der verschiedenen Issues verschieben (Budge 2015). So wird postuliert, dass ökonomische Fragen aufgrund ihres hohen Grads an Institutionalisierung als weniger salient eingestuft werden als konfliktthafte Themen wie Migration, Ökologie oder Gender. Letztere sind dann aber wahlentscheidend (Stövsand et al. 2022). Auch *cross-pressures* zwischen Issues werden durch Salienz aufgelöst: Wenn kulturelle Issues eine höhere Salienz haben als ökonomische, wird die Partei, die das salienter eingestufte Thema verkörpert, gewählt, selbst wenn sie nicht den ökonomischen Präferenzen der WählerInnen entspricht (Lefkofridi et al. 2014; Hillen/Steiner 2019).² Die *zweite Hypothese*

² Auch das „most important problem“ zielt wie Salienz auf das subjektive Gewicht von Themen und die Wahlentscheidung. Beim MIP wird aber offen ohne Vorgabe von Kategorien nach dem wichtigsten Problem gefragt. Die Vielzahl der Nennungen wird kategorisiert.

lautet: Die wahrgenommene Salienz beeinflusst die Wahlentscheidung stärker als die Issueposition.

Diese Hypothesen nehmen das Gewicht der ökonomischen und der kulturellen Dimension zur Erklärung der Parteienwahl *einzel*n in den Blick. Nach dem Konzept der *cross pressures* ist aber zentral, wie *multiple* Konfliktdimensionen interagieren und vermittelt die politischen Präferenzen und das Wahlverhalten der BürgerInnen beeinflussen. Die Folgen weiterer politischer Issues werden in der Forschung zur politischen Unterstützung für wohlfahrtstaatliche bzw. speziell redistributive Politik weitgehend vernachlässigt. Studien, die mit dem verbreiteten Vorgehen brechen, nur die Unterstützung für einzelne Politikprogramme zu betrachten, existieren durchaus: So wurden verschiedene *Bewertungsdimensionen* (Ziele, Umfang, Effektivität) des Sozialstaats mit Hilfe von Faktoranalysen differenziert (Roosma et al. 2013), allerdings ohne explanative Zielsetzung für die Erklärung politischen Verhaltens. Ein anderes Konzept zu *trade-offs* integriert Ambivalenzen und Zielkonflikte, indem sozialpolitische Präferenzen der BürgerInnen anhand der *Priorisierung* alternativer Felder der Bildungs- und Sozialpolitik abliest. Konkret wird gefragt, ob begrenzte öffentliche Mittel beispielsweise eher für Reformen im Bildungsbereich oder der Alterssicherung ausgegeben werden sollen (Busemeyer/Garritzmann 2017; Häusermann et al. 2018). Diese Perspektive vermeidet zwar die *eindimensionale* Betrachtung von *welfare preferences*, bleibt aber zu eng den Prioritäten im Feld der Sozialpolitik verhaftet. Allerdings resultiert die Wahlentscheidung (und somit die Realisierungschancen für spezifische sozialpolitische Programme) für den Cleavage-Ansatz gerade aus dem Erstarken weiterer Issues jenseits der ökonomischen Dimension. Neben dem Konflikt um Sozialausgaben oder geringer Eingriffe in die Wirtschaft ist Parteienwahl zunehmend eine Frage weiterer Issues wie Migration, Umweltschutz oder Gender.

In der Tradition des Cleavage-Ansatzes stehende Studien behandeln die Nachfrage nach redistributiver Politik im Rahmen des Konfliktes zwischen *Universalismus und Partikularismus*. Diese Begriffe markieren *value-priorities* bzw. Wertprioritäten, die Cluster der Bevölkerung vertreten. Diese auch als Liberale versus Autoritäre (oder „anywheres und somewheres“) bezeichneten Gruppen repräsentieren typische „Meinungspakete“ zu Geschlechterrollen, Migration, Wirtschaft und Staat oder Klimawandel. Die mit multiplen Items empirisch gemessenen sozio-politischen Einstellungen werden faktoranalytisch gebündelt, was die Existenz eher kosmopolitisch oder aber kommunitaristisch denkender Gruppen bestätigt (Reckwitz 2019; Hilten/Steiner 2020).

Häusermann und Kriesi (2015) clustern die sozio-kulturellen und politischen Orientierungen in beiden Konfliktdimensionen und analysieren, inwiefern sie in Sozialstruktur verankert sind und Wahlverhalten erklären. Die für Faktoranalysen verfügbaren Items sind allerdings suboptimal: die kulturelle Konfliktlinie (Gender, Migration) kann breit operationalisiert werden³, die sozio-ökonomische (state-market) Dimension mit eher disparaten Items. Neben dem üblichen Item „Der Staat soll Einkommensabstände verringern“ sind das Items zu staatlicher Verantwortung bei Arbeitsmarkt, Kinderbetreuung (state provide job for everyone, „state provide child care“) oder zu Gerechtigkeitseinstellungen („In a just society differences in living standards must be small“. Die Kohärenz des ökonomischen Faktors ist gering. Die Studie erklärt zwar das

³ Mit Items zu human rights, Haltung zu Zuwanderung, ethnischer und sexueller Diversität.

Wahlverhalten mit den value priorities bündelnden Faktoren, berücksichtigt aber keine *Cross-pressures*.⁴

Für Studien in der Cleavage-Tradition ist die Verbindung zwischen Issue-Positionen und sozial-strukturellen Gruppen (Bildung, Berufsposition, Schicht) von Interesse (Lipset/Rokkan 1967). Geprüft wird, inwieweit trotz des vermuteten Dealignment aktuell neue Formen der sozialstrukturellen Koppelung gelten (Oesch 2016). Als revidierte soziale Basis kommen Globalisierungsgewinner und -verlierer (Kriesi et al. 2008) in den Blick, die Dienstleistungs- und Wissensberufe der postindustriellen Gesellschaft (Oesch/Rennwald 2018) oder untere und obere Mittelschicht als Gruppen mit konträren Mobilitätserfahrungen und somit unterschiedlichen politischen Neigungen (Reckwitz 2019).⁵ Diese universalistischen oder aber kommunitaristische Orientierungen spielen in Erklärungen der Wahl rechtspopulistischer Parteien und einer *polarisierten public opinion* eine große Rolle (Merkel 2016; Mau et al. 2023).⁶

Allerdings fehlt eine dynamische Perspektive auf die Wechselwirkung multipler Issues und deren Einfluss auf die Parteienwahl. Im vorliegenden Paper werden Issue-Dimensionen nicht nur separat, sondern als konfligierende politische Dimensionen integriert. Die *dritte Hypothese* prüft: *Cross pressures* zwischen ökonomischen und kulturellen Issues sorgen dafür, dass die Wahl steuer- und sozialausgabenfreundlicher Parteien weniger wahrscheinlich wird. Diese Eigenschaft multidimensionaler Präferenzen wird mit Hilfe von Interaktionen analysiert.⁷

Nach dem Modell des *Kausalitätstrichters* der sozialpsychologischen Wahlforschung sind Issue-Positionen am Ende des Entscheidungsprozesses stehende Determinanten. Davor wirken Partei-Identifikation, Kandidatenorientierung und insbesondere *langfristige Faktoren*, die durch Bildung, soziale Schicht und Ideologie vermittelt werden. Sie beeinflussen die politische Sozialisation, in der spezifische Dispositionen erworben werden (Campbell et al. 1960). Angenommen wird, dass soziale Position wie auch politische Ideologie heute nur noch schwache Prädiktoren der Parteienwahl sind (Inglehart 1990; Kriesi 1998). Da das Paper primär auf die elektoralen Folgen von Cross-Pressures zielt, dient der abschließende Blick auf die Rolle von Bildung und Ideologie lediglich der Einordnung der Effekte der Issues (Häusermann/Kriesi 2025; Oesch/Rennwald 2018). Eine Analyse der naheliegenden Interaktionen zwischen beiden bleibt künftigen Arbeiten vorbehalten.

⁴ Ähnliche, wenig zufriedenstellende Operationalisierung der sozio-ökonomischen Dimension, da nur erweitert um das Items „Die EU geht zu weit.“

⁵ Eine weitere Strömung analysiert den Schritt von den Interessen und Ideologien der neuen Gruppen hin zu Parteien, die diese aufgreifen und repräsentieren. Die Angebotslücke für Gruppen mit linken ökonomischen Präferenzen und kulturell rechtspopulistischen Orientierungen wird hier nicht aufgegriffen, da Parteien nicht Gegenstand des Papers sind (siehe aber Lefkofridi et al. 2014; Hillen/Steiner 2019).

⁶ Neben der Debatte um den Wandel der den politischen Raum prägenden Konfliktlinien in der Cleavage-Theorie spielen Issues für Konzepte des Parteienwettbewerbs eine große Rolle (De Sio 2017; Franzmann et al. 2020; De Sio/Lachat 2020). Ausgehend von Stokes Kritik an der Erklärung des Wahlverhaltens nur mit der Links-Rechts-Dimension wurde nach elektoralen Effekten von Issues gefragt. Demnach können Parteien mit Themen, die sie besitzen, Stimmengewinne erzielen (Budge 2015:764).

⁷ Die Wahlforschung analysiert zudem *cross pressures* durch Netzwerkpersonen bzw. das soziale Umfeld (Lazarsfeld et al 1968[1944]: 60-64) oder durch Interessen, die aus der Zugehörigkeit zu verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen erwachsen (Dassonneville 2023).

3. Daten und Methoden

Um den Einfluss der sozio-ökonomischen und der kulturellen Dimension des politischen Konflikts auf die Parteienwahl zu analysieren, verwende ich Daten des GLES long term tracking Moduls (GLEStrack09-23Cum ZA6832_v2). Es handelt sich um eine online-Befragung auf Basis eines Quotensamples mit jährlich etwa drei Wellen und jeweils 1100 Fällen. Nicht jede Welle enthält die hier erforderlichen Items, aber jährlich steht mindestens eine Welle zur Verfügung. Das kumulierte Sample deckt die Periode von 2009 bis 2023 ab (T8-T54). Zusätzliche einzelne Wellen (T56, 58, 60) erweitern den erfassten Zeitraum bis 2025 zumindest für die Deskription der Trends bei Issue-Positionen (siehe Abbildung 1).

Abhängige Variable ist die Wahlabsicht – also die Partei, die Befragte mit Ihrer Zweitstimme wählen würden, wenn am nächsten Sonntag eine Bundestagswahl stattfände.⁸ Die Verteilung der Antworten auf die Parteien in Surveys ist verschiedenen Gründen nicht ganz vergleichbar mit der Stimmenverteilung nach amtlichem Wahlergebnis. Dies ist für eine explanative Analyse wie im vorliegenden Paper kein Problem. Das GLES hat den Vorteil, dass die Angaben zur AfD-Wahl realistisch sind, während in anderen Surveys der Anteil dieser Wählergruppe zu gering ausfällt. In der GLES sind CDU/CSU-Wähler in Relation zu amtlichen Wahlergebnissen unterrepräsentiert. Dies verzerrt die Positionen offenbar nicht nach „links“, da kritische Haltungen zu Sozialstaat und Migration stark vertreten sind (siehe Abb.1).

Erklärende Variablen sind die Positionen der Befragten zu sozio-ökonomischen und kulturellen Themen. Diese *Issue-Positions* haben ein zweiseitiges Format. Der Fragetext beschreibt zunächst kontroverse Positionen. Dann können Befragte ihre Einstellung auf bipolaren, 11-stufigen Antwortskalen einordnen (Formulierung siehe Tabelle 1). Die Markt-Staat-Dimension bewegt sich zwischen den Polen „Weniger Steuern und Beiträge, dafür geringere Sozialleistungen“ einerseits und „Mehr Sozialleistungen, dafür höhere Steuern- und Abgaben“ andererseits. Analog aufgebaut sind die Items zu Migration (Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern vs. begrenzen) sowie zu Klimapolitik (Priorität für Klimaschutz vs. für Wirtschaftswachstum). Die gewählten Issues prägen aktuelle politische Diskurse. Man mag das Kontrastformat der Items kritisieren, aber die Befragten können ihre Einstellungen zwischen den beiden Polen abstufen und auch ausgeglichene Haltungen angeben.⁹

Tabelle 1: Items zu Issue-Positionen

Dimension	Fragetext	Antwortskala
Markt-Staat	<i>„Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche</i>	(1) weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet ...

⁸ Fragetext Item e0003b_2: „Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme für eine Kandidatin oder einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis und die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Was würden Sie auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen?“ Aufgeführte Parteien: 1) CDU/CSU, 2) SPD, 3) FDP, 4) GRÜNE, 5) DIE LINKE, 6) AfD, 7) andere Parteien. Die Kategorie „Andere Parteien“ sammelt kleine Partei, auf die wenige Stimmen entfallen (Piraten, Freie Wähler, Die Partei, Tierschutzpartei, NPD) und wird wegen fehlender Relevanz für Mehrheiten weggelassen.

⁹ Die sozialpsychologische Einstellungsmessung würde auch die Einstellungsmessung mit Einzelitems skeptisch betrachten. Sie empfiehlt multiple Items (Ansolabehere et al. 2008). Da hier aber weder Persönlichkeitsmerkmale noch Konstrukte wie Postmaterialismus zur Debatte stehen, sind die Items zu politischen Einstellungen zu Konfliktdimensionen gut geeignet.

	<i>Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie ist Ihre Meinung zum Thema Steuern und sozialstaatliche Leistungen?"</i>	(11) Mehr Sozialleistungen, selbst wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet.
Zuwanderung	<i>„Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie ist Ihre Meinung zum Thema Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer?"</i>	(1) Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden (11) Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden.
Klima	<i>„Nun zu Klimawandel und Wirtschaftswachstum. Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie ist Ihre Position zum Thema ?</i>	(1) Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert - (11) Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. (Originalskala umgepoolt für Analysen)

Die *Salienz* jedes Issues wird nach dem Rating der Issue-Positionen mit einer 5-stufigen Likert-Skala erhoben.¹⁰ Salienzurteile werden als inhaltlich unabhängig von den Issue-Positionen verstanden. Ein Thema als salient zu empfinden, bedeutet noch keine bestimmte Position dazu einzunehmen. Salienz spiegelt die empfundene Dringlichkeit von Themen und ist ein Ergebnis der Mobilisierung der öffentlichen Meinung durch Interessengruppen und Medien. Salienzurteile spiegeln vermutlich die Effekte von Agenda Setting. Die Beziehung zur Parteienwahl sollte diffus sein: Wer Migration als salient beurteilt, könnte migrationsfreundliche wie auch migrationskritische Parteien wählen. Empirisch korrelieren beide Größen allerdings.¹¹ Zudem bewertet der Großteil der Befragten nach den GLES-Surveydaten jedes der drei Issues als (sehr) salient. Etwa 66% finden jeweils Steuern/Sozialleistungen oder Ökologie (sehr) wichtig, für 54% ist Zuwanderung (sehr) wichtig. Es gibt also Überschneidungen. Dieses Antwortverhalten mag daraus resultieren, dass diese drei Issues tatsächlich oft gleich wichtig sind, oder aber aus dem Bestreben der Befragten, sich nicht festzulegen. Um Salienz in sinnvoller Weise zu erfassen, wurde eine nominale Variable recodiert: 1) Migration ist wichtiger als Steuern und Sozialleistungen; 2) beide Themen sind wichtig; 3) sozio-ökonomische Fragen sind wichtiger. Dies bezieht zwar nur zwei Issues ein, sollte aber eine zufriedenstellende Lösung für ein Item sein, das wenig zur Varianzaufklärung beiträgt.

Die deskriptive Analyse zeigt die *intertemporale* Entwicklung der Positionen der Befragten zu den Themen Sozialleistungen/ Wirtschaftswachstum, Migration und Ökologie“ zwischen 2009

¹⁰ „Und wie wichtig ist Ihnen das Thema xxx?“ Antworten: (1) Sehr wichtig, (2) wichtig, (3) teils-teils, (4) nicht so wichtig, (5) überhaupt nicht wichtig.

¹¹ Die Korrelation sind issuespezifisch: Das Priorisieren von Klimaschutz geht stets mit hoher Issue-Salienz einher. Besonders Befragte, die begrenzte Migration priorisieren, stufen das Issue als sehr salient ein, aber auch Befragte, die leichtere Migration unterstützen. Die eine mittlere Position wählen, sind auch in der Frage der Salienz unentschieden. Die Korrelation zwischen Salienz und Position zu Steuern/ Sozialleistungen ist schwach und wird ab 2019 insignifikant. Nur hier ist also Issueposition und Salienz relativ unabhängig.

und 2025 (Abschn. 4.1). Dazu wird eine etablierte Methode zur Darstellung des Wandels der Public Opinion genutzt (Soroka/Wlezién 2005, 2014). Sie bildet die Differenz zwischen dem Anteil der Zustimmung und Ablehnung, die Rating-Fragen zu Politik-Optionen oder Einstellungsfragen erhalten. Indem man den Anteil derer, die z.B. Migration erleichtern und jenen, die sie begrenzen wollen, subtrahiert, erhält man *einen* Indikator für die dominierende Einstellung. Das funktioniert mit unterschiedlichen Skalen: Die öffentliche Meinung z.B. zur ökonomischen Lage bildeten Soroka/Wlezién mit dem Item „So you think that the general economic condition of the country will improve, stay the same or get worse over the next 12 months?“ Die Differenz zwischen positiven und negativen Einschätzungen drückt die Richtung (überwiegen negative oder positive Haltungen) und die Stärke (wie groß ist die Lücke?) aus. Die Methode zeigt, welche „Seite“ bzw. Option die Mehrheit hat, gewissermaßen Medianwähler ist (obgleich Regierungsbildung selbstverständlich komplexer ist). Abbildung 1 mit Trends zu dominanten Issuepositionen in der Bevölkerung basiert auf der Differenz zwischen dem Anteil der Antworten mit negativer und dem Anteil mit positiver Einschätzung.

Die Mitte der Skala bzw. die mittlere Option geht nicht ein. In der Debatte um eine polarisierte Öffentlichkeit wird mit Verweis auf meist mittlere Einstellungen die Polarisierungsthese kritisiert. Die Bevölkerung vertrete eher abwägende Haltungen zu strittigen Themen (Markt/Staat, Migration, Ökologie). Allerdings unterscheiden sich die Themen deutlich in Bezug auf die Größe der mittleren oder extremeren Positionen. Migration erweist sich als polarisiert, während viele zum Issue Sozialausgaben versus Wirtschaftswachstum eine „sowohl als auch“ Haltung einnehmen. Aber hier interessiert zeitlicher Wandel der Issuepositionen, für den die benutzte Methode probat ist. Alternative Darstellungsweisen wie Mittelwerte der Antwortskalen des jeweiligen Issue-Items (Stövsand et al. 2023) oder ein Polarisierungsindex (Lux/Gülzau 2022; Mau et al. 2023) sind stärker aggregiert und bilden die Bewegung der „Lager“ weniger gut ab.¹²

Multivariate Analysen betrachten den relativen Einfluss der sozio-ökonomischen und kulturellen Issue-Positionen auf die Wahlabsicht mit multinominalen logistischen Regressionen und Plots zu durchschnittlichen Marginaleffekten. Es gehen die hauptsächlich gewählten Parteien ein (CDU/CSU, SPD, Grüne, Die LINKE, AfD, FDP) und die volle 11er-Skala zu den Positionen zu mehr/ weniger Steuern und Sozialleistungen, Migration erleichtern oder begrenzen und Priorität für Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum wird verwendet. Antworten sind so rekodiert, dass hohe Zahlen mehr Zustimmung zur letztgenannten Option bedeuten – also weniger Steuern/ Sozialabgaben, Begrenzung Migration, Priorität Wirtschaftswachstum.

Da in der multinominalen Regression Interaktionen nicht möglich sind, werden die Folgen von *cross-pressures* mit logistischen Regression zur Wahrscheinlichkeit der Wahl einzelner Parteien und marginal effect plots analysiert. Um dies nicht überkomplex werden zu lassen, konzentrieren sie sich auf Sozialdemokratie und Grüne, die redistributive Programme verfolgen. Wird deren Wählerschaft durch cross pressures abgelenkt, sinken Umsetzungschancen durch kulturelle Issues. Das Spektrum an möglichen cross Pressures wird eingegrenzt auf empirisch häufige zwischen Ökonomie und Migration sowie zwischen Ökologie und Wirtschaftswachstum.¹³

¹² Die mittlere Kategorie gilt in der Surveyforschung auch als Strategie Befragter bei Informationsmangel oder Unsicherheit. Eine häufig gewählte mittlere Kategorie resultiert also auch aus dem Wunsch Befragter sich nicht festzulegen.

¹³ Selbstverständlich widersprechen sich Wachstum und Ökologie nicht objektiv. Ökologische Transformation mag Wachstum erzeugen. Das Item bildet lediglich den Konflikt im politischen Diskurs ab.

Um langfristige Faktoren der Parteienwahl (Campbell et al. 1960) zu kontrollieren, werden Schulbildung und politische Ideologie berücksichtigt. Das ursprüngliche Item zu Schulbildung wurde rekodiert in eine Dummyvariable mit den Kategorien a) Haupt-, Volksschule, ohne Abschluss (primary), b) mittlere Reife und Realschule (secondary), c) (Fach-)Hochschulreife/ Abitur (A-level). Die politische Ideologie der Befragten wird mit der Selbsteinstufung auf der links-rechts Skala erfasst.¹⁴ Für multivariate Analysen wird die metrische Antwortskala recodiert zu Dummy-Variablen mit linker (1-4), Mitte (5) und konservativ-rechter (6-11) politischer Orientierung.

Meist nehmen die Analysen eine Querschnittsperspektive ein. Temporale Effekte der Erhebungswellen des kumulierten Datensatzes werden über eine Zeitvariable kontrolliert (fixed effects). Dies ist das probate Verfahren, da dieses Paper nicht auf temporalen Wandel (etwa der predictive power verschiedener Konfliktdimensionen) zielt. Dies ist künftigen Analysen vorbehalten.

Zudem gehen Alter und Geschlecht (dummy 1=female) der Befragten als Kontrollvariablen ein, aber nicht in der Präsentation der Ergebnisse gezeigt. Eine Gewichtungvariable (t0003_2) schließt sogenannte *Speeder* (Zeitunterschreiter der online-Befragung) und korrigiert soziodemografische Merkmale des Samples.¹⁵ (Gesis Variable Report 10/2024)

4 Resultate

Zunächst betrachten wir die Entwicklung der verschiedenen Issue-Positionen, bevor multivariat der Einfluss der Issue Positionen auf die Parteienwahl und schließlich die elektoralen Effekte von cross-pressures analysiert werden. Leitfrage ist stets, ob die Haltung der WählerInnen gegenüber anderen Issues erklären kann, dass weniger redistributive Politik praktiziert wird als angesichts gestiegener Einkommens- und Vermögensungleichheit erwartbar ist.

4.1 Positionen zu politischen Konfliktlinien über die Zeit

Die Annahme, dass neben sozio-ökonomischen Issues auch Themen der kulturellen Konfliktachse die Wahlentscheidung (zunehmend) beeinflussen, erweitert die Forschung zu „politics of redistribution“ und hilft das Puzzle, dass in Relation zur Ungleichheitsentwicklung bemerkenswert wenig egalisierende Politik etabliert wird, zu verstehen. Dieser Abschnitt beschreibt die Entwicklung der Einstellungen der BürgerInnen zu politischen Konfliktlinien bis 2025 und aktualisiert die in früheren Studien betrachtete Zeitspanne wesentlich (Stövsand et al. 2023; Lux/Gülzau 2022).

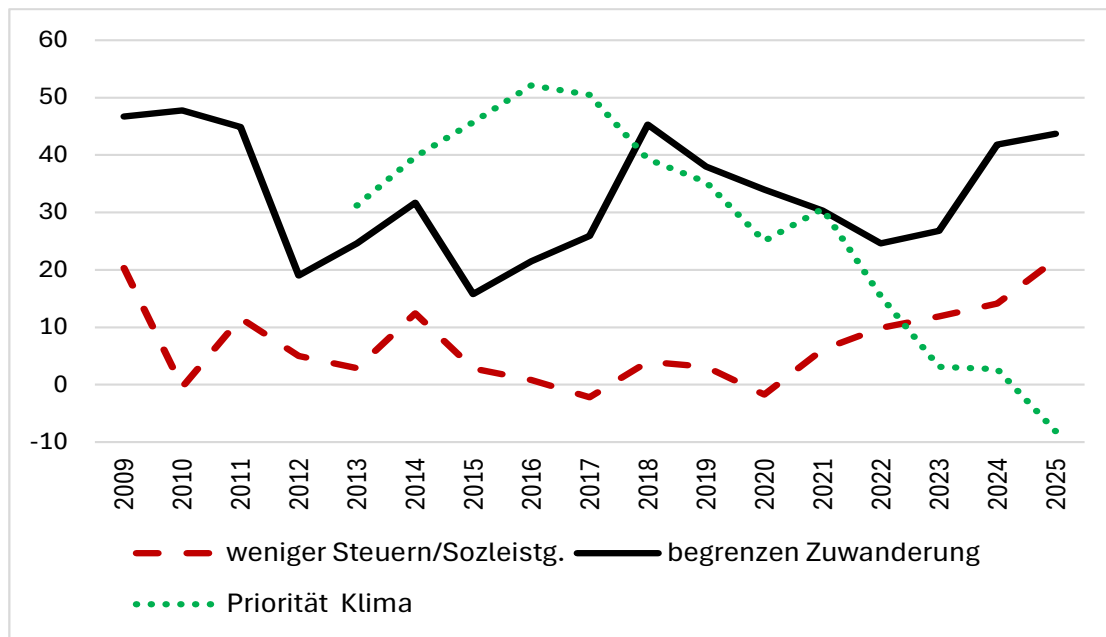
Abbildung 1 bilanziert, welche *Politikalternativen* in den drei Konfliktfeldern priorisiert werden und zu welcher Option die öffentliche Meinung über die Zeit tendiert. Zugrunde liegt die Differenz aus den Anteilen der Befragten, die jeweils einer der beiden Option der zweiseitigen

¹⁴ „Wo würden Sie sich selbst in dieser Skala einstufen?“ 11 Punkte.

¹⁵ Zeitunterschreiter-Index (Variable t0021 in GLES tracking 2009-23cum ZA6832), der sowohl die Antwortdauer der Befragten auf allen Bildschirmseiten der Befragung als auch die Interviewdauer je Befragtem einbezieht und Indexwerte größer 0 und kleiner 2 annimmt. Ein Indexwert von 1 zeigt eine mittlere Antwortgeschwindigkeit, während Werte gegen 0 im Mittel sehr schnelle und Werte gegen 2 im Mittel sehr langsame Antwortzeiten zeigen. Als Zeitunterschreiter werden alle Befragten im unteren 10%-Perzentil der Verteilung des Summenindex gekennzeichnet. Die Kennzeichnung von Zeitunterschreiter ist in der Kumulation in der Variable t0020 „Zeitunterschreiter (10% der Befragten mit den niedrigsten Indexwerten)“ enthalten. (GLES Studienbeschreibung ZA6832_sb_v2-0-0: 24). Wird zum Ausschluss von Fällen verwendet.

Issue-Items zustimmen. Die Differenzen für einzelne Wellen machen jährliche Veränderung sichtbar. (Erläuterung siehe Methoden-Kapitel)

Abbildung 1: Prioritäten bei Positionen zu policy issues (2009 – 2025)



Anmerkungen: Gezeigt wird die Differenz zwischen dem Anteil der Befragten, die alternativen Positionen zustimmen, in % pro Jahr. Die Beschriftung der Legende ist so gewählt, dass das Ergebnis der Subtraktion verbal erkennbar ist: Zum Beispiel bedeutet „less taxes and transfers“, dass vom Anteil der Befürworter geringerer Steuern und Transfers der Anteil abgezogen wurde, die mehr Steuern und Sozialtransfers wollen. Da die rot gestrichelte Linie meist über Null liegt, unterstützen mehr Befragte zu fast allen Zeitpunkten begrenzte Sozialleistungen. Ein Lesebeispiel für 2009: Der Anteil der Befragten, die weniger Steuern und Sozialleistungen priorisieren, ist um 20% höher als der Anteil, die mehr Sozialleistungen wünschen. Liegt die Linie unter Null, ist der Anteil derer, die mehr Steuern und Sozialleistungen wollen, größer. Entsprechend sind die anderen Legenden zu lesen.

Quelle: GLES tracking 2009-2021 ergänzt mit GLES tracking T56, T58 und T60.

Bei der sozio-ökonomischen Konfliktlinie zur Frage, ob Bürger weniger oder mehr Steuern und Sozialtransfer befürworten, ist die Differenz meist über der Null-Linie. Demnach dominiert der Wunsch nach weniger Steuern/Abgaben und Sozialleistungen, allerdings moderat, denn die Differenzen schwanken nur zwischen 1 und 10 Prozent. Seit 2021 nahm der Anteil, der weniger Sozialleistungen priorisiert, deutlich zu. Selten fällt der Wert leicht unter Null. Dann sind Befürworter von mehr Steuern und Sozialleistungen so wenig in der Überzahl, dass man eher von Gleichgewicht sprechen kann. Absolut und im Durchschnitt aller Wellen sprechen sich 41,9% gegen mehr Steuern/Sozialleistungen aus, mehr Sozialleistungen wünschen 28,8% der Befragten. In der Mitte stufen sich 22,1% ein, sind also für den Status quo oder indifferent. Die Issue-Positionen sind relativ wenig polarisiert und die Priorität für Sozialstaatsrückbau wenig ausgeprägt.¹⁶ Der starke Anstieg der Befürworter von weniger Sozialausgaben 2021 könnte auf die Bürgergeld-Reform und deren umfassende mediale Kritik zurückzuführen sein, wo politische Kommunikation offenbar polarisierte.

Dagegen dominiert beim Issue Migration die Priorität für eine Begrenzung deutlich: Denn die Differenz zwischen jenen, die weniger Migration befürworten, und jene, die sie erleichtern

¹⁶ Das Konfliktpotential ist also mäßig, was die Literatur auf den hohen Grad an Institutionalisierung durch Gewerkschaften, Parteien, NGOs zurückführt.

möchten, beträgt zwischen 20% und 50% (schwarze Linie, Legende Zuwanderung begrenzen). Seit 2015 wird eine Migration begrenzende Politik zunehmend priorisiert; diese Gruppe wuchs in Relation zur Gruppe der Migrationsbefürworter bis heute an; ein zwischenzeitlicher Rückgang um die 2020er Jahre ist inzwischen ausgeglichen. In absoluten Zahlen sind 20-30% der Befragten für eine leichtere Zuwanderung. Die Mitte ist schwach besetzt, 2025 mit nur 10,6% der Befragten; dagegen sprechen sich ca. 65% für eine Begrenzung aus. Beim Issue Migration trifft die Diagnose polarisierter Einstellungen zu.

Die erst seit 2013 erhobenen Positionen im Konflikt um *Klimaschutz* versus *Wirtschaftswachstum* weisen noch 2013 eine deutlich den Klimaschutz priorisierende öffentliche Meinung auf, die seit 2017 stetig zurückgeht. Ab 2023 ist eine Parität der Lager erreicht, so dass inzwischen die Gruppe derer, die dem Wirtschaftswachstum Vorrang einräumt, ähnlich groß ist wie diejenige, die Klimaschutz für wichtiger hält. Ab 2024 wird die Nulllinie unterschritten: der Anteil derer, die Wirtschaftswachstum befürworten, ist nun sogar etwas größer. Auch hier dürfte politische Kommunikation und Medienberichterstattung zur schlechten Wirtschaftslage das ihre beisteuern.

4.2 Konfliktdimensionen und Wahlverhalten

Das Paper will zur in der politischen Ökonomie der Umverteilung zentralen Frage - weshalb bleibt redistributive Politik zurück hinter faktisch großen Einkommens- und Vermögensdiskrepanzen und verbreiteter Ungleichheitskritik der Bürger? – beitragen, indem es Ansätze der Wahlforschung zu den Folgen der „zweiten Dimension“ des politischen Konfliktes integriert. So kann die *political economy of redistribution* jenseits ihrer Konzentration auf Einstellungen der BürgerInnen in der ökonomischen Dimension (verringern marktlicher Einkommensabstände durch den Staat) sehen, wie postmoderne Konfliktlinien neben sozio-ökonomischen Verteilungsfragen die Wahlchancen insbesondere sozialausgabenfreundlicher Parteien beeinflussen. Das Folgende prüft empirisch: Welchen Einfluss haben die Positionen der Befragten bei zentralen Issues (sozio-ökonomisch, Migration, Ökologie) auf die Parteienwahl?

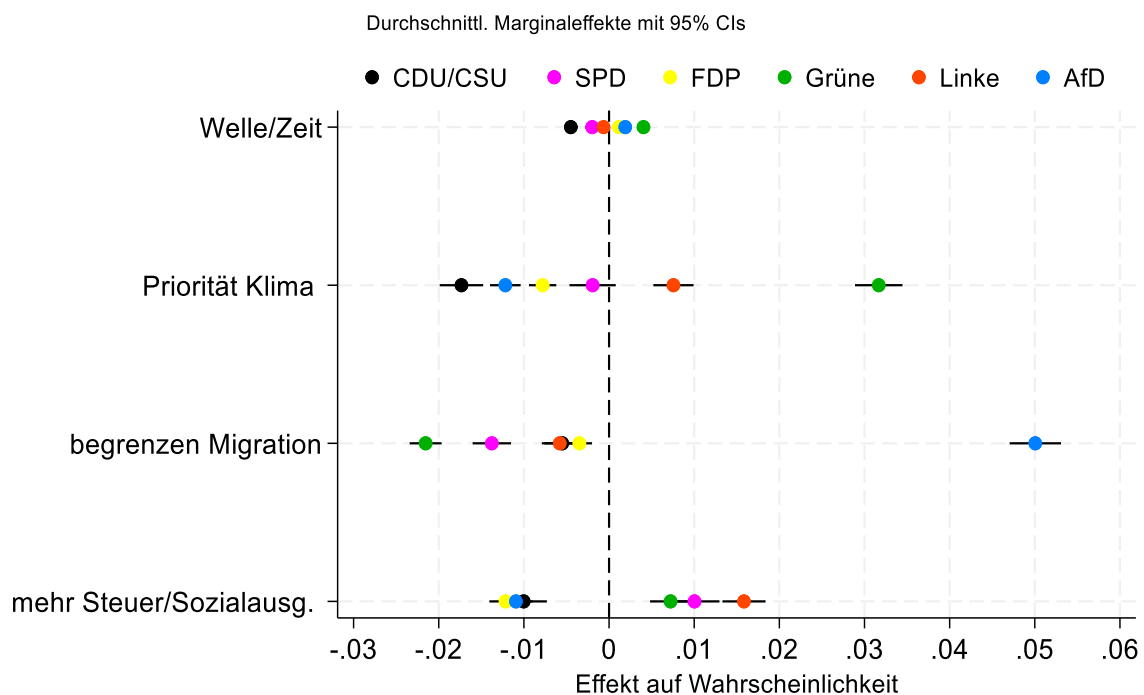
Dazu zeigt *Abbildung 2* durchschnittliche Marginaleffekte aus multinominalen logistischen Regressionen mit Issue-Positionen als Prädiktoren der Wahlabsicht. Die average marginal effects (AME) bieten eine Maßzahl für die *predictive power* einzelner erklärender Variablen, zu interpretieren als: Eine Verschiebung auf der Skala um einen Punkt, erhöht/vermindert (je nach Vorzeichen) die Wahrscheinlichkeit die jeweilige Partei zu wählen um X Prozentpunkte.

Nach den AMEs steigt bei einem Schritt von einem Punkt auf der *Steuern und Sozialleistungen-Skala* nach oben (bedeutet mehr Sozialleistungen) die Wahrscheinlichkeit, die Sozialdemokratische Partei zu wählen, um einen Prozentpunkt, die Linke erzielt 1,5%, die Grünen 0,7%. Die Zahlen wirken zunächst klein. Da empirisch aber Ratings von Befragten sich nicht nur um 1 Punkt unterscheiden, sondern z.B. um 4 oder mehr Punkte, sind die Effekte größer, aber immer noch gering (AMEwert von 1,5 mal 4). Das Befürworten von mehr Steuern und Sozialleistungen senkt die Wahrscheinlichkeit Konservative, Liberale oder Rechtspopulisten zu wählen (jeweils ca. 1%). Die Erklärungskraft der ökonomischen Dimension ist also begrenzt, was die These stützt, dass Verteilungsfragen nicht „an erster Stelle stehen“ bzw. die treibende Kraft der Parteienwahl sind.

Die Effekte der Positionen zu Migration (von 1=erleichtern bis begrenzen=11) und Ökologie (1 Priorität Wachstum bis Klimaschutz 11) sind bedeutsamer und alle höchst signifikant. Je mehr

Wähler weniger Migration priorisieren, desto wahrscheinlicher ist die Wahl der AfD, und desto unwahrscheinlicher ist die Wahl anderer Parteien. Je mehr restriktive Migration priorisiert wird, desto unwahrscheinlich ist es, Grüne oder Sozialdemokratie zu wählen. Die Wahrscheinlichkeit gewählt zu werden, ist bei den übrigen Parteien (CDU, FDP, Linke) vergleichsweise weniger stark durch das Thema Migration beeinflusst: Eine um 1 Punkt höhere Position auf der Skala zugunsten beschränkter Migration senkt die Wahlwahrscheinlichkeit etwas. Im Vergleich zu diesen spielt für WählerInnen der Grünen und der Sozialdemokratie das Thema Migration eine größere Rolle. Auch im Vergleich zu deren Positionen zu Steuern und Sozialleistungen hat das Thema Migration mehr Gewicht für die Wahlentscheidung.

Abbildung 2: Wahlentscheidung - ökonomische und kulturelle Dimension



RSq 11%. Ergebnisse der multinominalen log. Regression siehe Tab. A2 Anhang.

Priorisieren die Befragten **Klimaschutz** (vs. Wirtschaftswachstum) begünstigt dies besonders die Wahrscheinlichkeit die Grünen zu wählen. Deren Wähler sind mehr geleitet durch ihre ökologische Position als durch soziale Themen. Andererseits stützt die Priorisierung von Klimaschutz nicht die Wahl der Sozialdemokratie.

Das Modell erklärt 10,5% der Varianz der Daten. Die Effekte der einzelnen Dimensionen sind höchst signifikant für die meisten Parteien, aber gering.¹⁷ Wie bereits die deskriptive Analyse zeigte, sind Positionen zu Migration (und teils zu Klima) stärker **polarisiert** als beim Thema Steuern und Sozialleistungen. Im letzten Fall platzieren sich viele Befragte in der Mitte der Skala, ein Ausdruck der Unterstützung des Status quo oder amivalenter und schlicht fehlender Einstellungen. Damit hat das Thema Einkommensverteilung nicht das Gewicht der anderen Issues. Die erste Hypothese wäre bestätigt. Dies entspricht den Ergebnissen bei Hellwig (2014), der auch im Ländervergleich eine größere *predictive power* der „neuen“ Themen feststellt. Inwieweit das geringere Gewicht des Verteilungsthemas durch Überzeugungen der Wähler oder durch die stärkere Politisierung der neuen Themen zu Stande kommt, lässt sich

¹⁷ Im Fall der FDP sind Positionen zu Migration und Ökologie aber insignifikant für die Wahlabsicht.

anhand der Daten nicht sagen. Zu präzisieren ist aber, dass unterschiedliche Issues die Attraktivität von Parteien bei verschiedenen WählerInnen steigern. Manche Parteien werden aufgrund von links-rechts-issues, manche wegen new politics Issues gewählt. Die Issues wirken parteispezifisch (Hellwig 2014:596).

Salienz

Die Frage nach dem Gewicht einzelner Konfliktlinien bei Wahlentscheidungen bringt die Salienz ins Spiel. Dieses Konzept gilt in der Literatur als „Werkzeug“ der Wähler, um angesichts multipler Issues leichter entscheiden zu können. Empirisch tendieren die Befragten allerdings dazu, alle drei Themen als salient zu bezeichnen (siehe Kap.3). In der konstruierten Variable zu Salienz sind für 46% der Befragten die Issues Sozialleistungen und Migration gleichermaßen sehr wichtig, für 33% hat der Themenkomplex Soziales Priorität vor Migration, für 20% ist hingegen Migration am wichtigsten.

Abbildung 3: Salienz und Wahlentscheidung

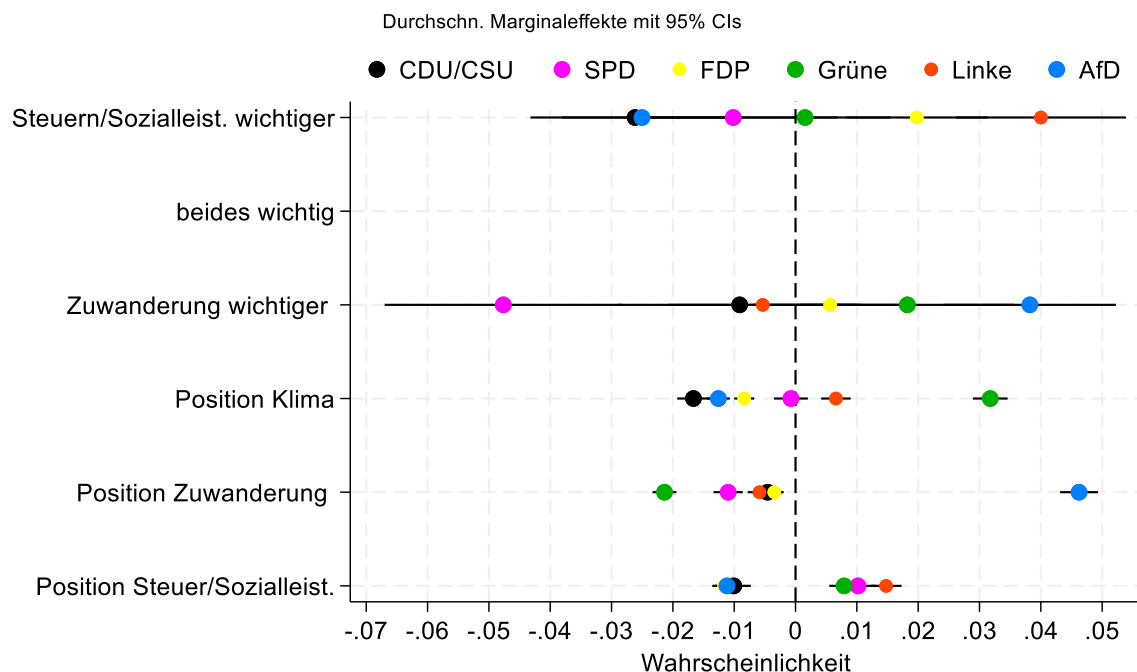


Abbildung 3 zeigt die Effekte der in Form von Dummies eingehenden Salienzvariable auf die Parteienwahl (Modell mit R^2 11,9%). Die durchschnittlichen Marginalen Effekte (AME) sind größer als die Effekte der Issue-Positionen, aber die Konfidenzintervalle sind breit und überlappen wegen insignifikanter Effekte. Der zusätzliche Prädiktor bringt wenig zusätzliche Erkenntnisse (R^2 steigt um 1%) und die Effekte der Issues bleiben weitgehend konstant wie in der vorigen Regression. Dieses eher unbefriedigende Resultat dürfte darauf zurückzuführen sein, dass das Item inhaltlich unbestimmt ist. Denn Befragte berichten hohe Salienz, aber dieses Urteil kann sowohl die Ablehnung als auch die Zustimmung etwa zu mehr Steuern und Sozialleistungen meinen.

Wenn das Thema Steuern und Sozialleistungen eine höhere Salienz hat als Migration, ist die Wahl der Linken wahrscheinlicher (4%), aber nicht die der Sozialdemokratie oder der Grünen. Der negative Effekt für Konservative und Rechtspopulisten bedarf keiner weiteren Erklärung.

Der positive Effekt für die FDP ergibt sich aus der Salienz von geringeren Steuern und Sozialleistungen für diese Partei.

Die Resultate für Befragte in der Kategorie „Migration ist am wichtigsten“ bedürfen kaum der Interpretation. Es ist offensichtlich, dass diese Priorisierung die Wahl einerseits der AfD, andererseits der Partei „Die Grünen“ wahrscheinlicher macht. Dies unterstreicht, dass das Salienz-Konstrukt zwar die Mobilisierung der Wählerschaft anhand neuer kultureller Themen, die spezifische Parteien besitzen, erfasst (Hellwig 2017). Hinsichtlich der unterschiedlichen Politikinhalte bleibt Salienz aber diffus bzw. korreliert mit Issue-Positionen.¹⁸

Die bisherige Referenzkategorie „beides ist wichtig“ soll nun gezielt betrachtet werden, denn man kann vermuten, dass die Größe der Gruppe, die diese Kategorie wählt, auch auf einen Bias im Antwortverhalten hinweist: Befragte vermeiden, zwischen den Issues Migration und Sozialstaat zu priorisieren, weil sie ihre wirkliche Präferenz für Migration nicht offenbaren wollen. Diese Gruppe mit unentschiedenem Salienzrating geht daher explizit in die Analyse des Wahlverhaltens ein (Referenzgruppe ist nun „Priorität für Steuern/Sozialleistungen“, *Abbildung A3* siehe Anhang). Diese Befragten beabsichtigen mit höherer Wahrscheinlichkeit die christdemokratische oder die rechtspopulistische Partei zu wählen. Eine unentschiedene Haltung mündet in die Unterstützung von Parteien, die Sozialausgaben und Steuerlast vermeiden wollen. Die Effekte sind klein (AME CDU/CSU .033, d.h. 3% höhere Wahrscheinlichkeit), aber signifikant. Letztlich beeinflussen bei Befragten mit unentschiedenen Position soziale Themen wenig das Wahlverhalten.

4.3 Wie beeinflussen cross pressures die Wahlabsicht?

Im vorigen Abschnitt wurde anhand der unterschiedlichen Effektstärke der Einfluss einzelner Issuepositionen verglichen und die erste Hypothese, ob kulturelle Issues Parteienwahl stärker als ökonomische Issues prägen, geprüft. Die elektoralen Folgen multipler Issues und wie sehr es zwischen diesen zu *cross-pressure*s kommt, lässt sich aber mit Interaktionen angemessener erschließen. Sie zeigen „Verdrängungseffekte“ zwischen Issues. Interaktionen müssen aber mit logistischer Regression implementiert werden, die lediglich für eine abhängige Variable ausgelegt ist. Daher greife ich Parteien heraus, für die ein Verdrängungseffekt bei der Wahlentscheidung durch eine Konkurrenz zwischen dem Issue Migration und Sozialstaat oder Klimawandel zu erwarten ist: Sozialdemokratie und Grüne.

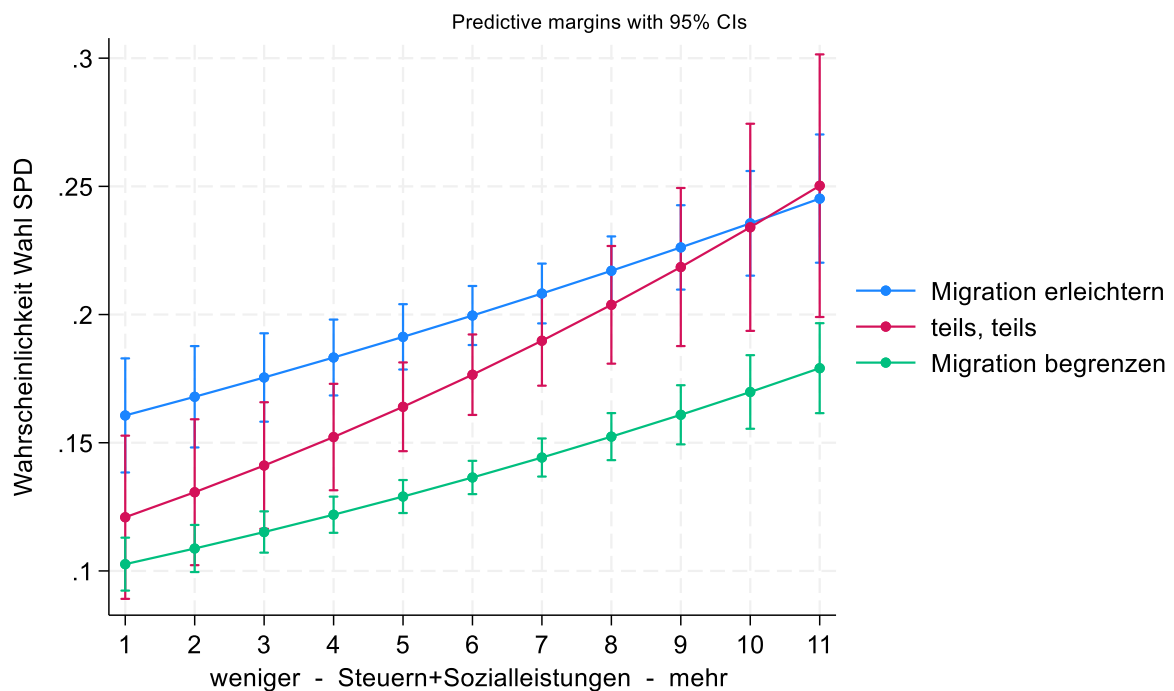
Abbildung 4 zeigt zunächst, wie die Wahrscheinlichkeit der Wahl der SPD durch die *Interaktion* zwischen dem sozio-ökonomischen Issue und Migration beeinflusst wird. Die Marginaleffekte geben an, um wieviel Prozent die jeweilige Variable deren elektorale Chancen steigert. Nahe-liegenderweise macht die Unterstützung für mehr Steuern die SPD-Wahl wahrscheinlicher. Berücksichtigt man zusätzlich die Präferenz in Bezug auf Zuwanderung, entsteht ein differenzierteres Bild: Die Nachfrage sinkt auf ein für die SPD ungünstigeres Niveau bei den Befürwortern begrenzter Migration. Die Marginaleffekte für liegen deutlich unter den Effekten für Befragte, die eine mittlere Position zum Thema Zuwanderung einnehmen oder die Migration unterstützen. Bemerkenswert ist, dass dies selbst unter WählerInnen, die einen starken Wohlfahrtsstaat stützen (rechte Hälfte der x-Achse), der Fall ist: Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, die SPD zu wählen, liegt bei Befragten ohne Migrationskritik bei 25%, unter jenen, die

¹⁸ Eine Analyse nur mit Salienzitems erzielt nur eine aufgeklärte Varianz von 4%. Salienz ersetzt also die Issue-Positionen nicht (wie Stövsand et al. 2023 diskutieren).

Migration begrenzen wollen, nur noch bei 17%. Die Lücke zwischen Befürwortern und Gegnern von Migration (ca. 7-8%) ist stabil. Zusätzlich schrumpft selbstverständlich die Attraktivität der SPD, je weniger Befragte mehr Steuern und Sozialausgaben präferieren.

Die Folge von Cross-Pressures wird zudem darin besonders deutlich, dass die beim Thema Migration Unentschiedenen besonders stark die Absicht Sozialdemokratie zu wählen zurückschrauben. Also erodiert selbst bei migrationspolitisch moderaten Personen der Mitte die Basis für Umverteilungspolitik durch die zweite Dimension des politischen Konflikts. Diese Gruppe zieht es vermutlich zu konservativen Parteien, je weniger sie mehr Steuern und Sozialabgaben stützen.

Abbildung 4: Cross-Pressures der SPD-WählerInnen: Sozialleistungen und Migration



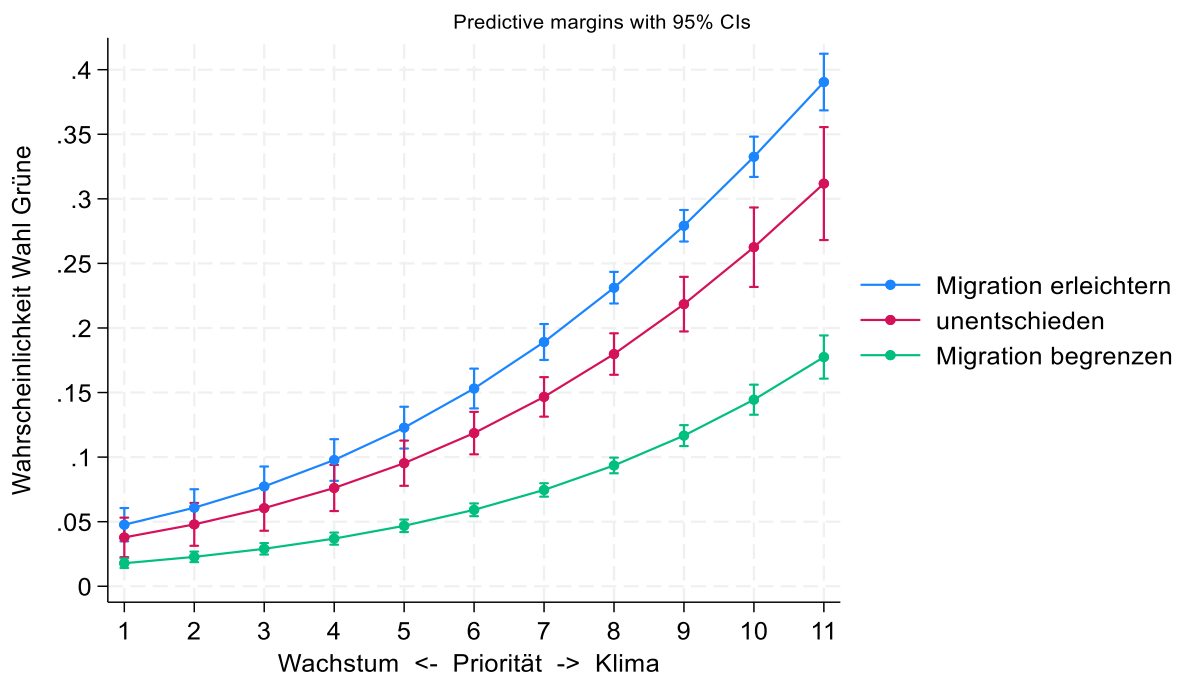
Anmerkung: Dargestellt werden Marginaleffekte einer logistischen Regressionen, mit den Kontrollvariablen Alter, Geschlecht und Welle/Sample. N= 25868; Rsq. 2,1%; AIC 22212.397. Siehe Tab. A3.

Eine analoge Analyse der kombinierten Effekte von Einstellungen bei der ökonomischen und der Migrations-Dimension auf die Wahrscheinlichkeit der Wahl der **Grünen** zeigt das gleiche Muster (ohne Abbildung). Die kritische Haltung zu Migration verstärkt die Tendenz, dass BürgerInnen, die eher Wirtschaftswachstum statt Sozialleistungen präferieren, weniger wahrscheinlich die Grünen wählen. Diese Tendenz gilt erneut besonders für Befragte mit abwägender Haltung auf der Skalenmitte.

Da Parteien bestimmte Themen „besitzen“ und durch diese Themen getragen werden, macht es mehr Sinn, in Bezug auf die Absicht die „Grünen“ zu wählen die Folgen von *Cross-Pressures zwischen Ökologie und Migration* zu analysieren. Wie zuvor betrachten wir, wie Positionen, die zu Klimaschutzpolitik vs. Wirtschaftswachstum eingenommen werden, mit der Haltung zu Zuwanderung interagieren und gemeinsam die Wahrscheinlichkeit der Wahl der Grünen beeinflussen (siehe Abb.5). Je ausgeprägter die Priorität für Klimaschutz und wenn Befragte zudem Migration befürworten, desto höher die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit die Grünen zu wählen (Wenn beides maximal ist, liegt die Wahrscheinlichkeit bei 40%). In Kombination

mit der Einstellung, Migration sei zu begrenzen, sinkt aber selbst bei jenen, für die Klimaschutz Priorität vor Wachstum hat, die Wahrscheinlichkeit der Wahl der Grünen auf nur 17%. Diese Reduktion um 23% durch Vorbehalte gegenüber Migration bei der Wahl der Partei Die Grünen ist viel ausgeprägter als die Reduktion der Wahlchancen der die Sozialdemokratie durch migrationskritische Einstellungen. Das Migrationsthema begrenzt die Wahrscheinlichkeit grün zu wählen (Differenz grüne - blaue Linie). Aktuell positioniert sich die Mehrheit der Befragten in der Mitte zwischen Priorisierung der Wirtschaft und Klimaschutz (bei den Skalenpunkten 5 und 6). Bei dieser Kompromiss-Position sinkt bei einer migrations-skeptischen Einstellung die Wahrscheinlichkeit die Grünen zu wählen, um ca. 10 Prozent.

Abbildung 5: Cross-Pressures der Grünenwähler: Klima und Migration



Anmerkungen: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der Wahl der Grünen. Kontrollvariablen Alter, Geschlecht, Welle. Rsq. 7,6%, N 25868. Tabellarische Resultate siehe Anhang Tab. A4.

Die Interaktionen demonstrieren deutliche Cross-pressures. Wenn man zusätzlich die Trends aus Abbildung 1 betrachtet – einerseits der Ausbau der mehrheitlich migrationskritischen Positionen seit 2017, andererseits Erosion von Unterstützung für Kernthemen von Sozialdemokratie und Grünen (Sozialleistungen und Ökologie) – wird deutlich, dass die Konzentration auf die ökonomische Dimension in der Forschung zu „politics of redistribution“ einen verfehlten Eindruck vom elektoralen Einfluss der gerne präsentierten Ungleichheitskritik vermittelt.

4.4 Die Rolle von Issues und langfristigen Faktoren

Wahlentscheidungen sind selbstverständlich nicht allein durch Issue-Positionen beeinflusst. Diese zählen nach dem klassischen sozial-psychologischen Modell des *Kausalitätstrichters* zu den kurzfristigen Faktoren, während sich langfristige und mächtigere Dispositionen aus dem Bildungsniveau, der ökonomischen Position, der politischen Ideologie oder der Religion der Menschen ergeben (Campbell et al. 1960; Dasonville 2023: 100). Die Debatte um Dealignment sieht zwar eine abgeschwächte Determinationskraft der long-term Faktoren (Oesch 2015;

Häusermann/Kriesi 2015; Elff/Roßteutscher 2022). Das Folgende prüft aber offen, welche Rolle langfristig angelegte Dispositionen in Relation zu Sachthemen bei der Wahlentscheidung spielen. Zudem lassen sich kurzfristige und langfristige Faktoren nicht strikt trennen. Bei Themen wie Migration, Sozialausgaben oder Klimaschutz eingenommene Positionen dürften mit langfristigen, aus Schicht, Bildungsniveau oder Ideologie entwickelten Dispositionen zusammenhängen. Da dieses Paper keine breite Analyse all dieser Cleavage-Faktoren leisten kann, konzentriert sich die Analyse auf Bildung als Indikator der sozialen Verankerung und politische Ideologie, die naheliegenderweise mit Issue-Positionen korreliert.¹⁹

Abbildung 6. Sachthemen und Cleavage-Indikatoren

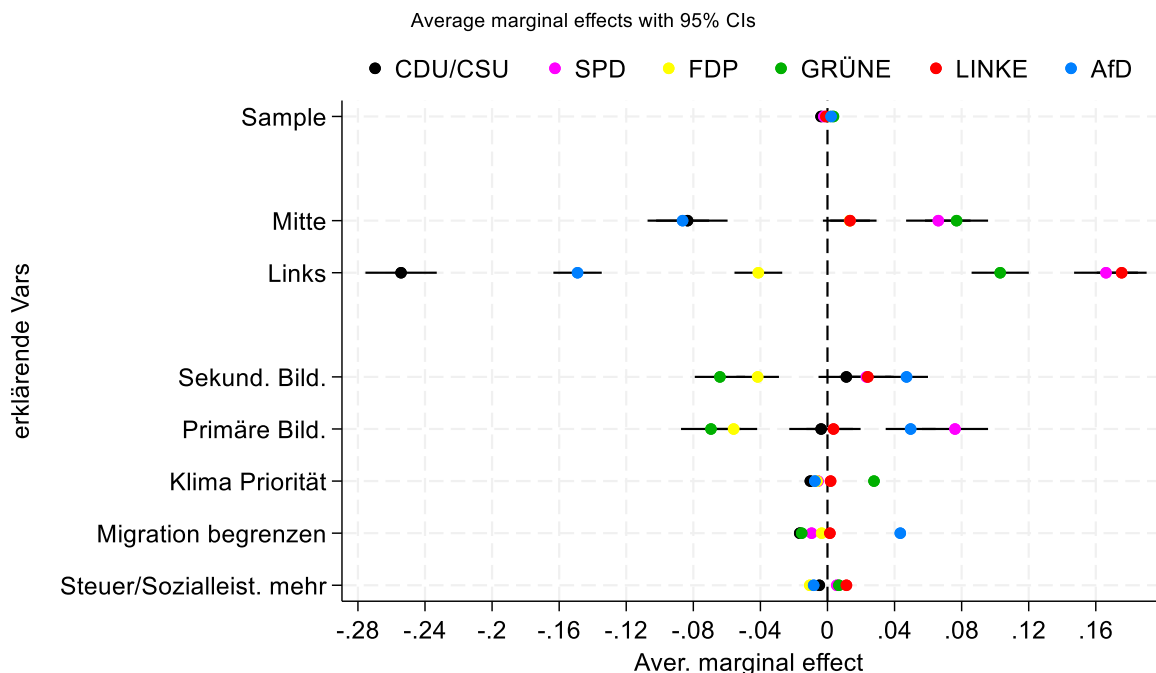


Abbildung 6 zeigt die durchschnittlichen Marginal Effekte einer multiplen logistischen Regression zur Parteienwahl (RSq. 16,6%). Die folgende Interpretation zielt auf die hier besonders relevante Gruppe der WählerInnen, die „eigentlich“ Parteien mit redistributiven Programmen wählen sollten (geringe Bildung, linke politische Ideologie). Die Referenzgruppen sind entsprechend so gewählt, dass Aussagen über die „breite Mitte“ (mittleres Bildungsniveau und Mitteposition bei Ideologie) und Unterschicht möglich sind. Welche Faktoren bestimmen ihr Wahlverhalten? Welche Issues lenken ab von sozialausgabenaffinen Parteien?

Befragte mit *primärem Bildungsniveau* (Referenz tertiärer Bildungsabschluss) wählen mit höherer Wahrscheinlichkeit Sozialdemokratie (AME 8% pp.) und AfD (AME 5% pp.), aber mit geringerer eine ökologische, christdemokratische oder liberale Partei (alle Koeffizienten höchst signifikant).²⁰ Befragte mit Sekundarabschlüssen/mittlere Reife tendieren aber nur wenig stärker zu sozialausgabenfreundlichen Parteien als Hochgebildete. *Gerade in der gesellschaftlichen Mitte ist also die Neigung zu Parteien, die für mehr Steuern/Sozialausgaben stehen, gering.* (Alle Effekte zu Bildung signifikant, außer sekundäre Bildung und SPD-Wahl.)

¹⁹ Auch der Datensatz setzt Grenzen, da mangels der erforderlichen Items etwa für Modelle zur Schichtzugehörigkeit nicht modelliert werden kann.

²⁰ Zum Wahlverhalten der Referenzgruppe mit tertiärer Bildung: Hier ist die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer ökologischen Partei am größten und der Sozialdemokratie am geringsten.

Den Einfluss der politischen *Ideologie* prüft eine Dummy-Variable mit den Kategorien links (45,5%), rechts-konservativ (28,2%) und Mitte (25,9%). Um die „Ablenkung“ potentiell redistributive Politik stützender WählerInnen zu beleuchten, nutzen wir Rechts-Konservative als Referenzgruppe, da so das Wahlverhalten der Mitte und der bemerkenswert großen Gruppe, die sich links positioniert, deutlich wird.

Befragte, die sich links unter der Mitte einordnen, wählen – wie zu erwarten – eher SPD oder Die Linke (AME ca. 15%). Die Wahrscheinlichkeit CDU zu wählen, ist hier 26 Prozent geringer als bei Konservativen. Spiegelbildlich profitieren hingegen AFD (AME 9%) und CDU (17%) von einer konservativen Ideologie der WählerInnen (Werte aus Modell mit anderer Referenzgruppe; Abb. im Anhang A4). Die breite ideologische Mitte neigt zwar stärker zu sozialausgabenfreundlichen Parteien SPD (7%) und Grüne (8%), aber der Effekt ist schwach. Die Wahl der Christdemokraten (-8%) und der AFD (-9%) ist unwahrscheinlicher als bei konservativer Ideologie.

Insgesamt steigt die *erklärte Varianz*, wenn das Modell neben den Issue-Positionen auch Indikatoren zu langfristigen Determinanten des Wahlverhaltens aufnimmt, von 10% auf 17%. Nach der Stärke der durchschnittlichen Marginaleffekte beurteilt, wird die Parteienwahl stärker durch die Bildung und die politische Ideologie als durch die Issue-Positionen beeinflusst (mlogit-Resultate auf Nachfrage bei Autorin). Zudem werden Effekte der Issue-Positionen schwächer in Modellen mit Ideologie; ein Teil des Einflusses der Issues geht also auf den Ideologiegehalt zurück.²¹ Korrelierende Einflussgrößen sind statistisch unerwünscht und man versucht die sog. *Multikollinearität* zu vermeiden. Inhaltlich kann man sie nicht ausschließen, insbesondere nicht bei einer Analyse zu Issue-Positionen, die in der politischen Ideologie der WählerInnen verankert sein sollten. Allerdings ist empirisch die Korrelation zwischen Ideologie und Issues beim Thema Steuern/Sozialabgaben eher gering, beim Thema Migration mittelstark (Pearsons R .35 bis .45) und sie schwankt zwischen den Wellen. Der Einfluss von politischer Ideologie oder Bildung erübrigt also nicht das Interesse an den Folgen multipler Issues für Wahlverhalten und die Realisierbarkeit von politics of inequality.

Fazit

Das von der Forschung zu redistributiver Politik beschriebene Puzzle – wachsende ökonomische Ungleichheit, eine gegenüber Einkommensdiskrepanzen kritische öffentliche Meinung und breite Unterstützung für geringere Abstände, aber vergleichsweise wenig erzielte faktische Umverteilung – wurde im vorliegenden Paper anhand des Konzepts multipler politischer Konfliktlinien und der cross-pressures bei Wahlentscheidungen bearbeitet. Der Blick auf neue politische Konfliktlinien um Ökologie oder Zuwanderung vermeidet die Konzentration auf die sozio-ökonomische Dimension und hier verankerte Verteilungsfragen, auf die sich die Forschung zu Ungleichheit und Umverteilung konzentriert. Wahlentscheidungen sind keineswegs nur durch ökonomische Themen, sondern heute vermehrt von kulturellen Issues geleitet. Cross pressures der WählerInnen sorgen dafür, dass eine Politik der Umverteilung weniger elektorale Umsetzungschancen findet, als es Befragungsergebnisse zu mehrheitlich egalitätsaffinen Einstellungen der BürgerInnen nahelegen. Die Forschung zur Beziehung zwischen ökonomischer Ungleichheit und Steuer- und Sozialpolitik, die auf eine kritische public opinion

²¹ Allerdings erzielen Modelle, die nur Issue-Items enthalten, mehr erklärte Varianz als Modelle, die lediglich Ideologie und Bildung nutzen. Dies spricht dafür, dass die Issue-Positionen nicht mit politischer Ideologie gleichzusetzen sind.

reagieren sollte, kann mit der Integration von Theorien und Daten zu politischen Verhalten (wie auch weiteren Aspekten des politischen Systems) das Puzzle besser erklären.

Deskriptive Daten zur Entwicklung der Issuepositionen (1996 – 2025) zeigten eine „abgeklärte“ Haltung zur sozio-ökonomischen Dimension, also vorwiegend in der Mitte der Skala gewählte Issue-Positionen. Dagegen sind die Einstellungen zur Frage der Zuwanderungsbegrenzung oder -erleichterung polarisiert: Die Haltung, Migration sei zu begrenzen, dominiert immer mehr über die Zeit, nur kurz (2015/16) schrumpft der Vorsprung der Migrationskritiker auf nur 18%. Auf der Konfliktdimension Ökologie oder Wirtschaftswachstum überwiegt bis 2017 die Sympathie für Ökologie; seither priorisieren immer mehr Befragte Wirtschaftswachstum, so dass 2024 eine Parität der Positionen erreicht ist.

Multivariate Analysen zum Effekt der Rekonfiguration der Konfliktlinien auf die Parteienwahl bestätigen teils die erste Hypothese zur Dominanz kultureller Issues bei der Parteienwahl/Wahlentscheidung. Themen der ökonomischen Dimension erzielen nur geringe Effekte, tragen also wenig zur Erklärung bei, welche Partei gewählt wird. Die Forschung erklärt dies mit der weitgehenden Institutionalisierung von Verteilungsfragen. Die Themen Migration und Ökologie haben einen vergleichsweise stärkeren Einfluss auf das Wahlverhalten, was angesichts der Polarisierung der Einstellungen sehr plausibel ist. Die von Modellen mit Issuepositionen erzielte Erklärungskraft ist mit 10,5% aber begrenzt. Andere Mechanismen des politischen Wettbewerbs um Wählerstimmen sind in künftiger Forschung zu berücksichtigen. Zudem ist die Relevanz der jeweiligen Issues parteispezifisch: Parteien, die ein Thema „besitzen“, werden auch wegen des Issues gewählt: Die Wahl der Grünen wird getriggert durch ökologische Einstellungen, die der AfD durch Einstellungen zu Migration. Ein durchgängig einflussreiches Masterthema existiert nicht.

Die Salienz (2. Hypothese) erwies sich als schwieriges Konstrukt, da Salienzurteile ambivalent sind, also sich auf beide Pole der zweiseitigen Items beziehen kann (z.B. Klimaschutz wichtiger – Wirtschaftswachstum wichtiger). Die Salienz der Issues erzielte keinen signifikanten Einfluss auf die Wahlentscheidung. Klar bestätigt ist dagegen die in Hypothese drei formulierte Annahme, dass *Cross-Pressures* zwischen ökonomischen und kulturellen Issues dafür sorgen, dass die Wahrscheinlichkeit steuer- und sozialausgabenfreundliche Parteien zu wählen, geringer wird. *Cross-Pressures* aufgrund von Präferenzen beim Issue Migration lenken die Wahlentscheidung, die sich nach den Präferenzen beim sozio-ökonomischen Issue eigentlich ergäbe, ab. Die Wahrscheinlichkeit, eine sozialausgaben-affine Parteien wie Sozialdemokratie bzw. Die Grünen zu wählen, sinkt bei migrationskritischen Issue-Positionen um ca. 6-10%.

Cross-Pressures sind damit eine maßgebliche Ursache für das Puzzle der Umverteilungsforschung. Die große Relevanz der Themen Migration und Ökologie und die ausgewogenen Positionen zur Frage der Sozialausgaben vs. Wirtschaftswachstum mag sich künftig ändern. Die den Analysen zugrunde liegenden Daten bilden die Vergangenheit ab. Inflation, Energiepreise und kontroverse soziale Reformen mögen Fragen der ökonomischen Verteilung erneut relevant machen.

Als Beitrag zur Methodendebatte erfasst das Paper die Einstellungen der Befragten zur Verteilungsfrage mit einem Item des GLES mit einer Frageformulierung, die näher am politischen Diskurs ist als das übliche generische Item zur Rolle des Staates (role of government), nach dem zwei Drittel der Bürger Politik für geringere Einkommensungleichheit wünschen, aber offenbar nicht wählen. Die Entscheidung für eine Partei ist sicher durch die politische Kommunikation beeinflusst, deren parteipolitische Frames Sorge um Sozialabbau oder aber eine

schwache Wirtschaft aktivieren. Dieser (sich vermutlich nach politischer Ideologie entscheidende) Konfliktdiskurs bildet das GLES-Item gut ab. Dennoch ist weitere Forschung/ Entwicklung von Items zur politische Unterstützung redistributiver Politik nötig.

Referenzen

- Adriaans, Jule, und Stefan Liebig. 2018. Ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland grundsätzlich akzeptiert. DIW Wochenbericht 37:801-807.
- Ansolabehere, Stephen, Jonathan Rodden and James Snider. 2008. The strength of Issues. Using multiple Measures to Gauge Preference stability, ideological constraint and Issue Voting. *APSR* 102(2): 215-232. doi:10.1017/S0003055408080210
- Beramendi, Pablo and Christofer Andersen (eds.) 2008. Democracy, Inequality and Representation. A comparative Perspective. New York.
- Beramendi, Pablo and Thomas R. Cusack. 2008. Economic Institutions, Partisanship, and Inequality. Pp. 127-168 in: Andersen/ Beramendi (eds.)
- Bornschiefer, Simon (2010). 'The New Cultural Divide and the Two-Dimensional Political Space in Western Europe', *West European Politics*, 33:3, 419–44.
- Bradley, David, Evelyne Huber, Stephanie Moller, Francois Nielsen und John D. Stephens. 2003. Distribution and Redistribution in Postindustrial Democracies. *World Politics* 55: 193-228.
- Brambor, Thomas William Roberts Clark, and Matt Golder. 2006. Understanding interaction models: improving empirical analyses. *Political Analysis* 14(1):63–82. <https://doi.org/10.1093/pan/mpi014>
- Brenzau, Nate, Lisa Heukamp, Hung HV Nguyen, and Tom Knuf. 2025: The Moderating Role of Government Heuristics in Public Preferences for Redistribution. *Journal of European Social Policy* 35(1): 21-39. DOI: [10.31235/osf.io/wcqjz](https://doi.org/10.31235/osf.io/wcqjz)
- Budge, Ian 2015: Issue Emphases, Saliency Theory and Issue Ownership. *West European Politics* 38(4): 761-777.
- Bussemeyer, Marius R./ Garritzmann, Julian L. 2017: Public opinion on policy and budgetary trade-offs in European welfare states: evidence from a new comparative survey. *JEPP* 24(6):871-889. <https://dx.doi.org/10.1080/13501763.2017.1298658>
- Campbell, Angus/ Converse, Philip E./ Miller, Warren E. und Stokes, Donald E. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley&Sons.
- Dallinger, Ursula. 2010. Public support for redistribution: What factors explain the international differences? *JESP* 20(4): 333-349.
- Dallinger, Ursula. 2021. Perzipierte Ungleichheit und politische Nachfrage. Wie beeinflussen Wahrnehmungsbias und mediale Rahmen die Einstellungen zur Vermögensteuer? *KZfSS* 73(4):473-500. DOI: 10.1107/s11577-022-00809-8
- Dassonneville, Ruth. 2023. Voters under Pressure. Group-based cross-pressures and Electoral Volatility. Oxford UP.
- De Sio, Lorenzo. 2017. The Geometry of Party Competition. Parties and voters in the issue space. Pp. 394-403 in *Routledge Handbook of elections, voting behaviour and public opinion*. London/New York.
- De Sio, Lorenzo, and Romain Lachat. 2020. Issue Competition in Western Europe: an introduction. *West European Politics* 43(3):509-517. doi.org/10.1080/01402382.2019.1655957
- Downs, Anthony. 1957. *An economic theory of democracy*. Harper & Brothers.
- Elff, Martin, and Rossteutscher, Sigrid. 2022. All Gone? Change and Persistence in the Impact of Social Cleavages on Voting Behavior in Germany since 1949. In: *The Changing German Voter*. Rüdiger Schmitt-Beck et al. (eds.), Oxford UP. DOI:

10.1093/oso/9780198847519.003.0002

- Elsässer, Lea, Svenja Hense und Armin, Schäfer. 2016. Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Endbericht Forschungsprojekt. Lebenslagen in Deutschland. <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/Shared-Docs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.html>
- Engelhardt, Carina, and Andreas Wagener. 2018. What do Germans think and know about income inequality? SER 16(4): 743-767.
- Finseraas, Henning. 2010. What if Robin Hood was a social conservative? How the political Response on inequality depends on Party Polarization. SER 8:283-306. <https://doi.org/10.1093/ser/mwp012>
- Ford, Robert, and Will Jennings. 2020. The Changing Cleavage Politics of Western Europe. Annual Review Pol Sci. 23:295-314. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-052217-104957>
- Franzmann, Manuel, Heiko, Giebler und Thomas Poguntke. 2020. It's no longer the economy. Issue yield in the German federal elections 2017. West European Politics. 43(3)610-638.
- Gesis Variable Report 10/2024. ZA 6835_cdb
- Giger, Nathalie and Davy-Kim Lascombes. 2019: Growing income inequality, growing legitimacy. A longitudinal approach to perceptions of inequality. University Genf, Unequal Democracies. Working Paper 11.
- Häusermann, Silja, Thomas, Kurer and Denise Traber. 2018. The Politics of Trade-Offs: Studying the Dynamics of Welfare State Reform With Conjoint Experiments. Comparative Political Studies 52(7) DOI: 10.1177/0010414018797943
- Häusermann, Silja, and Hans-Peter Kriesi. 2015. What do Voters want? Dimensions and Configurations in Individual-Level Preferences and Party Choice. S. 202-230 in The politics of advanced capitalism. Beramendi et al. eds. Cambridge University Press.
- Hellwig, Timothy. 2014. The structure of issue voting in postindustrial democracies. Sociological quarterly 55: 596-624.
- Hillen, Sven and Nils D. Steiner. 2020. The Consequences of supply gaps in two dimensional policy spaces for voter turnout and political support: The case of economically left-wing and culturally right-wing citizens in Western Europe. *European Journal of Political Research* 59:331–353. doi 10.1111/1475-6765.12348
- Hilmar, Till and Patrick Sachweh. 2022. Poison to the economy. Untaxing the wealthy in the German Parliament. Social Justice Research 35: <https://doi.org/10.1007/s11211-021-00383-y>
- Horn, Alexander, Martin Haselmayer and Jonathan Klüser. 2024. Parties' (non) responses to levels and changes of inequality. Working-Paper No.31. DOI: <https://doi.org/10.48787/kops/352-2-1s0ydl6clsbyv0>
- Huber, Sascha und Markus .Steinbrecher. 2015. Wahlverhalten und politische Einstellungen. S. 127-147 in: Zmerli/ Feldman (eds.) Politische Psychologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium. Baden-Baden: Nomos.
- Hutter, Sven and Kriesi Hans Peter. 2017. Restructuring the Party Systems in Western Europe: Six Countries Compared. In: *Proceedings of the Europe's bumper year of elections conference, Fiesole*, 8–9 March. Fiesole: European University Institute.
- Inglehart, Ronald F. and Pippa, Norris. 2016. Trump, Brexit, and the rise of populism: Economic have-nots and cultural backlash. HKS Working Paper No. RWP16-026.
- Iversen Torben and David Soskice. 2006. Electoral Institutions and the Politics of Coalitions: Why Some Democracies Redistribute More Than Others. *American Political Science Review* 100: 165–181.
- Korpi, Walter and Joakim, Palme. 1999. The paradox of redistribution and strategies of equality. ASR 63: 661-87.
- Kriesi, Hanspeter. 1998. The transformation of cleavage politics. The Stein Rokkan Lecture. EJPR 33(2):165-185. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.00379>
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschier, and Timotheos Frey. 2008. *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: University

- Press.
- Levkofridi, Zoe, Wagner, Markus, und Johanna E. Willmann. 2014. Left-Authoritarians and Policy Representation in Western Europe: Electoral Choice across Ideological Dimensions. *West European Politics* 37(1): 65-90, DOI: 10.1080/01402382.2013.818354
- Lierse, Hanna 2019: Why is There Not More Demand for Redistribution? Cross National Evidence for the Role of Social Justice Beliefs. *International Journal of Public Opinion Research* 31(1): 121-141. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edy004>
- Lierse, Hanna, Davy-Kim Lascombes, Bastian Becker. 2021. Caught in the Middle! Inequality and Conflict over Redistribution. *Social Justice Research* 35:436-461. <https://doi.org/10.1007/s11211-021-00384-x>
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan. 1967. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: an introduction. In *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, Hrsg. Seymour M. Lipset und Stein Rokkan, 1-67. New York: Free Press
- Lux, Thomas, und Fabian Gülzau. 2022. Zunehmende Polarisierung? Die Entwicklung migrationsbezogener Einstellungen in Deutschland 1996 bis 2016. In: *Leviathan Sonderband 39: Demokratie und Migration*, Hrsg. Julia Glathe, und Laura Gorriahn, 158-192.
- McFadden, Daniel L. 1974. Conditional logit analysis of qualitative choice behavior. In *Frontiers in Econometrics*, Hrsg. Paul Zarembka. 105-142. New York: Academic Press.
- Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser. 2023. Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Frankfurt/M: Campus.
- Mahler, Victor A., and David K. Jesuit. 2006. Fiscal Redistribution in the Developed Countries: New Insights from the Luxembourg Income Study', *Socio-Economic Review*, 4, 483–512.
- Manow, Philip. 2009. Electoral rules, Class Coalitions, and Welfare state Regimes. Or how to explain Esping-Andersen with Stein Rokkan. *Socio-Economic Review* 7(1):101-121. Doi: 10.1093/ser/mwn022
- Marshall, Thomas H. 1952. Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Frankfurt/M: Campus.
- Merkel, Wolfgang. 2021: Neue Krisen, Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert. *APuZ* 26-27: 4-10.
- Merkel, Wolfgang. 2017. Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In Harfst, et al. (Hg.) *Parties, Governments and Elites. Vergleichende Politikwissenschaft*. DOI 10.1007/978-3-658-17446-0_2
- Oesch, Daniel. 2016. The Class Basis of Cleavages between the new Left and the Radical Right: An analysis for Austria, Denmark, Norway and Switzerland. In *Class Politics and the radical right*, Hrsg. Daniel Oesch, 31-52. London: Routledge
- Oesch, Daniel, and Line Rennwald. 2018. Electoral Competition in Europe's New Tripolar Space. Class voting for the left, centre-right and radical right. *European Journal of Political Research* 57(4): 783-807. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12259>
- Pontusson, Jonas, and David Rueda. 2010. The politics of inequality. Voter mobilization and Left Parties in Advanced Industrial States. In: *Comparative Political Studies* 43(6), 675-705.
- Reckwitz, Andreas. 2019. Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin.
- Roosma, Femke, John Gelissen and Wim v.Oorschot. 2012. The Multidimensionality of Welfare State Attitudes: A European Cross-National Study. *Soc Indic Res* 113: 235-255. DOI 10.1007/s11205-012-0099-4
- Sauer, Carsten, Peter Valet und Stefan Liebig. 2016. Welche Lohnungleichheiten sind gerecht? Arbeitsmarktbezogene Ursachen von Lohnungleichheit und die wahrgenommene (Un-)Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 68, 619–645.
- Schmidt-Catran, Alexander-W. 2016. Economic Inequality and public demand for redistribution: combining cross-sectional and longitudinal evidence. *Socio-economic Review* 14(1):

119-140.

- Schneider, Simone. 2022. Illusion der Gleichheit. Über die Perzeption sozialer Ungleichheit. *APuZ* 72(37-38):17-22.
- Schoen, Harald. 2015. Wählerverhalten. In *Politische Psychologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Hrsg. Sonja Zmerli und Ofer Feldman. Baden-Baden: Nomos.
- Schoen, Harald. 2003. Dealignment und Wechselwahl — Theoretische Analyse. In *Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung*, Hrsg. Harald Schoen, 41-86. Wiesbaden: VS-Verlag
- Schoen, Harald und Bernd Weißels. 2024. Die Bundestagswahl 2024. Rückblick und Ausblick. In dies (eds.) *Wahlen und Wähler*. S.3-25. Wiesbaden: Springer.
- Soroka, Stuart and Christopher Wlezien. 2014. Economic Crisis and Support for Redistribution in the United Kingdom. Pp. in Bermeo, Nancy and Larry Bartels (eds.) *Mass Politics in Tough Times. Opinions, Votes, and Protests in the Great Recession*. Oxford Univ. Press.
- Soroka, Stuart and Christopher Wlezien. 2005. Opinion-Policy Dynamics: Public Preferences and Public Expenditure in the United Kingdom. *B.J.Pol.S.* 35, 665–689. doi:10.1017/S00071234050003
- Stokes, Donald E. 1963. Spatial Models of Party Competition. *The American Political Science Review* 57(2): 368-377.
- Stövsand, Lars-Christopher, Melanie Dietz, Sigrid Roßteutscher, and Philip, Scherer. 2023. *Issue Salience and Vote Choice*. In: *The Changing German Voter*. Eds. Rüdiger Schmitt-Beck et al., Oxford University Press. DOI: 10.1093/oso/9780198847519.003.0004

Anhang

Tabelle 1: Deskriptive Daten zu in multivariaten Analysen benutzte Items

	Mean	Std.abweichung			N
Steuern/Sozialleistungen (1) weniger – (11) mehr	5.79	2.62			25869
Zuwanderung (1) erleichtern – (11) begrenzen	7.38	3.02			26827
Klimawandel: Priorität (1) bekämpfen Klimawandel – (11) Wirtschaftswachstum	5.02	2.79			21185
Salienz (1-5 sehr wichtig)					
- Steuern – Sozialleistungen	3.79	.876			27019
- Zuwanderung	3.57	1.04			27025
- Klimaschutz	3.81	.949			21563
Alter	44.1	14.7			28245
Geschlecht/ Anteil Frauen	48.5	.5			28245
Wahlabsicht (Anteil in %)*	2015	2017	2019	2021	2023
- CDU/CSU	32.2	31.9	18.5	22.7	23.3
- SPD	27.7	24.2	16.4	17.7	20.1
- Grüne	15	9.7	23	23.4	19.4
- FDP	6.3	10.9	10.8	10.4	8.4
- Linke	12	11.1	12.4	9.9	8.5
- AFD	7.1	11.6	18.8	15.9	20.3

* Anmerkung: Die Anteile zu einzelnen Parteien spiegeln nicht die Wahlergebnisse. Denn zum einen wurde die „Sonntagfrage“ verwendet. Zum anderen sind im Survey bestimmte Parteien unter- oder überrepräsentiert, was auch die Verwendung einer GewichtungsvARIABLEN nicht korrigiert.

Tabelle A2 : Einfluss der Issue-Positionen auf die Parteienwahl. (Ref. CDU)

Referenz CDU/CSU	Coeff. (Sign.)	Std.error	t-Statistics
SPD			
- Steuern-Sozialleistg (mehr)	.098***	.011	8.69
- Zuwanderung einschränken	-.073***	.010	-7.29
- Priorität Klimaschutz	.086***	.011	8.08
Wellen/ Zeit	.011***	.010	3.56
Alter	.009***	.002	5.06
Geschlecht (weib.)	.017	.056	0.29
cons	-.171***	.208	-8.21
FDP			
- Steuern-Sozialleistg (mehr)	-0.83***	.014	-6.09
- Zuwanderung einschränken	.004	.012	.029
- Priorität Klimaschutz	-.013	.012	-.1.05
- Wellen/ Zeit	.032***	.004	.8.73
- Alter	-.011***	.002	-4.72
- Geschlecht (weibl.)	.011	.068	0.16
Cons	-.123***	.259	-4.73
Grüne			
- Steuern-Sozialleistg (mehr)	.129***	.012	10.9
- Zuwanderung einschränken	-.152***	.011	-14.5
- Priorität Klimaschutz	.300***	.014	22.1
Wellen/ Zeit	.042***	.003	12.51
Alter	-.012***	.002	-6.39
Frau	.236***	.059	4.01
Cons	-3.62***	.236	-15.3
LINKE			
- Steuern-Sozialleistg (mehr)	.191***	.014	13.25
- Zuwanderung einschränken	-.063	.011	-5.29
- Priorität Klimaschutz	.167	.014	11.94
Wellen/ Zeit	.014***	.004	3.99
Alter	-.001	.002	-.021
Frau	-.104	.067	-1.57
Cons	-3.10***	.242	-12.8
AFD			
- Steuern-Sozialleistg (mehr)	-.056***	.012	-4.82
- Zuwanderung einschränken	.461***	.018	25.1
- Priorität Klimaschutz	-.035**	.011	-3.19
Wellen/ Zeit	.033***	.004	8.93
Alter	-.011***	.002	-5.28
Geschlecht (weibl.)	-.338***	.062	-5.41
Cons	-4.69***	.275	-17.05
R-Sq.	11,1%		

*p <0,05, **p<0,01, *** p<0,001. N 25868

Tabelle A3: Cross-pressures als Interaktion. Logistische Regression Wahl SPD

	Coeff. (Sign.)	Std.error	t-Statistics
Steuern-Abgaben wenig-mehr	.042 **	.014	3.03
Zuwanderung (Ref. leichter)			
- Teils/teils	-.364*	.206	-1.77
- begrenzen	-.552***	.118	-4.66
Zuwanderung x Steuern mehr			
- teils/teils	.036	.031	1.16
- begrenzen	.020	.017	1.16
Wellen/ Zeit	-.006***	.002	-3.29
Alter	.015***	.001	11.4
Frau	-.010	.042	-0.23
Konstante	-2.07	.134	-15.5
R-Sq. 2%			

*p <0,05, **p<0,01, *** p<0,001. N = 25820

Tabelle A4: Cross-pressures als Interaktion. Logistische Regression Wahl Grüne.

	Coeff. (Sign.)	Std.error	t-Statistics
Steuern-Abgaben weniger-mehr	.094***	.012	7.73
Zuwanderung (Ref. leichter)			
- Teils/teils	-.360	.217	-1.66
- begrenzen	-1.35***	.119	-11.38
Zuwanderung x Steuern mehr			
- teils/teils	-.023	.033	0.71
- begrenzen	.015	.017	0.86
Wellen/ Zeit	.018***	.002	9.07
Alter	-.012***	.001	-8.56
Frau	.284***	.042	6.76
Konstante	-2.13***	.134	-16.0
R-Sq. 8%			

*p <0,05, **p<0,01, *** p<0,001. N=25868

Abbildung A3: Salienz und Wahlentscheidung

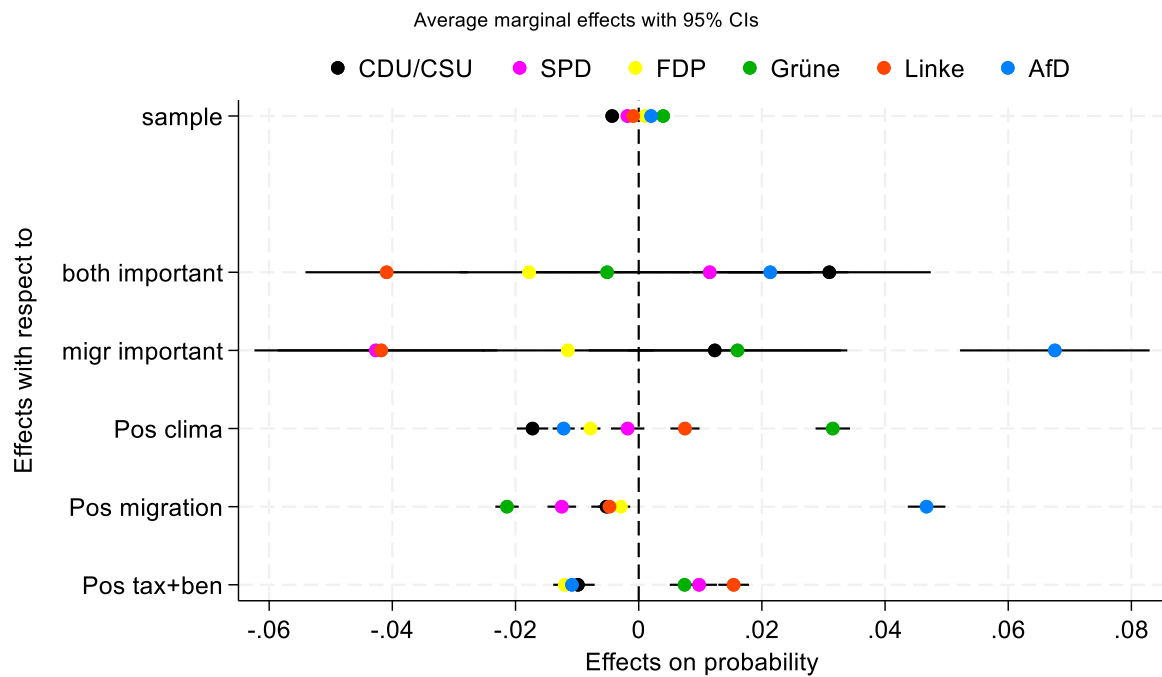


Abbildung A4: Einfluss auf die Wahlentscheidung: Issues, Ideologie und Bildung.

